



Bündner Gewerbe

Wirtschaftsmagazin für das Gewerbe in Graubünden | 1/2026

Abstimmung 8. März

Ja zur SRG-Initiative

Ja zur Individualbesteuerung

Nein zur Klimafonds-Initiative

SRG-Initiative

Pro und Contra:
Warum der BGV Ja sagt

Grenzgänger

Wissenswertes zum neuen
Abkommen mit Italien

KI und Berufsbildung

Interview mit Bildungsexpertin
Lena Dändliker

Engagement der Unternehmer/innen

Warum das Engagement
wichtig ist, was Bündner
Unternehmer/innen sagen
und was der BGV macht



Bündner Gewerbeverband
Unione grigione arti e mestieri
Unìun grischuna da mastergn

Wirtschaftsstandort mit Lebensqualität. **graubünden**

WEITER BILDEN

Jetzt informieren
und unverbindlich
beraten lassen.

Neu:
Kompaktlehrgang
Digital Marketing
Manager



Höhere Fachschule
Südostschweiz



Das Wichtigste in Kürze



5 Editorial des Präsidenten: Ein Jubiläum, das uns persönlich bewegt hat

6 125 Jahre BGV: Die Wirtschaft findet weniger Gehör

Politik

9 Kommentar des Direktors: Warum der BGV Ja zur RSG-Initiative sagt

12 Abstimmung: Ja zur Individualbesteuerung, Nein zur Klimafonds-Initiative

16 Abstimmung: Pro und Contra zur SRG-Initiative

19 Bündner Politik: Gesetz über die Höhere Berufsbildung und Revision Verkehrssteuer

Im Brennpunkt

21 Ehrenamtliches Engagement: Darum setzt sich der BGV dafür ein

22 Bündner Berufsausstellung Fiutscher 2025: Rückblick und Fotogalerie

25 KMU-Impuls regio: Gesellschaftliches und soziales Engagement sichtbar machen

26 Unternehmer/innen engagieren sich: Sechs Porträts aus unserem Kanton

Verbände und Branchen

29 BGV News: Rückblick Veranstaltungen und Agenda

33 KMU-Impuls: Energieverbund und Batteriespeicher als Chance für Unternehmen

Das interessiert das Gewerbe

34 Gut zu wissen: Wissenswertes zum Thema Grenzgänger aus Italien

38 Berufsbildung: Bildungsexpertin zur Rolle von KI in der Berufs- und Arbeitswelt

42 Arbeitgeber: Neue Wege bei Rekrutierung von Mitarbeitenden bei Lötscher & Co. AG

Eine spannende Lektüre wünscht das Redaktionsteam René Weber und Maurus Blumenthal.

Titelbild: Lehrlingsprojekt Zindel United



Impressum

Bündner Gewerbe: Wirtschaftsmagazin für das Gewerbe in Graubünden. Offizielles Verbandsorgan des Bündner Gewerbeverbands als Dachorganisation der gewerblichen Wirtschaft Graubündens.

Ausgabe 1/2026: 46. Jahrgang, Auflage 6300, erscheint 6-mal im Jahr. Verantwortlich: Maurus Blumenthal, Direktor (Bl.), Redaktion: René Weber (rw.), Jürg Michel (mi.)

Redaktionsadresse: Bündner Gewerbeverband, Unione grigione arti e mestieri/Union grischuna da mastergn/Haus der Wirtschaft, Hinterm Bach 40, 7000 Chur, Telefon 081 257 03 23, E-Mail: info@gewerbe-gr.ch, Webseite: www.gewerbe-gr.ch.





Massgeschneiderte Kreativ-Auftritte.

Wir machen Ihre Firma sichtbar.

Jetzt
kennenlernen:
hü7.ch

Wir freuen uns auf Sie.

Hü7
Markenagentur

Versichern Sie Ihre Mitarbeitenden bei der Nummer 1.

Einfach unkompliziert Krankentaggeld abschliessen.



oekk.ch/ktg-gewerbeGR

Die Versicherung mit
gesundem Bündnerverstand.

ÖKK

125 Jahre BGV – ein Jubiläum, das uns persönlich bewegt hat



Das vergangene Jubiläumsjahr 2025 hat uns stärker berührt, als wir es zu Beginn erwartet hätten. 125 Jahre Bündner Gewerbeverband stehen nicht nur für eine eindruckliche Geschichte, sondern vor allem für Werte, die wir als Unternehmerinnen und Unternehmer täglich leben: Verantwortung zu übernehmen, gemeinsam Lösungen zu entwickeln und unsere Region aktiv mitzugestalten.

Besonders eindrücklich war für uns der Auftakt anlässlich der Delegiertenversammlung vom 13. Juni 2025 mit der anschliessenden Jubiläumsfeier. Die Begegnungen mit Vertreterinnen und Vertretern aus den Sektionen sowie die offenen Gespräche über Erfolge, Rückschläge und gemeinsame Herausforderungen haben uns einmal mehr gezeigt, wie stark und lebendig unser Verband ist. Eine besondere Anerkennung bedeutete für uns, dass das Jubiläum auch auf nationaler Ebene wahrgenommen wurde und mit Albert Röstli sogar ein Bundesrat persönlich an der Jubiläumsfeier teilnahm. Die musikalische Reise durch zwölf Jahrzehnte war dabei weit mehr als ein Rahmenprogramm, sie wurde zu einem emotionalen Moment, das sichtbar machte, wie jede Generation ihren Beitrag zum Erfolg des Gewerbes geleistet hat.

Auch die zweite Jubiläumsfeier im Rahmen der Bündner Berufsausstellung Fiutscher im November bleibt uns in bester Erinnerung. Der persönliche Austausch unter Mitgliedern, das Wiedersehen mit vertrauten Gesichtern und die vielen Gespräche haben eindrücklich gezeigt, wie wertvoll dieses Netzwerk für unseren unternehmerischen Alltag ist. Gerade in einer Zeit, die von hoher Dynamik und Veränderung geprägt ist, gibt uns dieser Zusammenhalt Halt und Orientierung.

Die begleitenden Rückblicke im «Bündner Gewerbe» führten uns zusätzlich vor Augen, dass Engagement nie selbstverständlich war – und es auch heute nicht ist. Der kontinuierliche Einsatz für Ausbildung, faire Rahmenbedingungen und ein starkes Gewerbe verbinden die Generationen bis heute.

Für uns war das Jubiläumsjahr daher weit mehr als eine Feier. Es war eine Bestätigung unseres eigenen unternehmerischen Weges und zugleich ein klarer Ansporn, uns auch künftig aktiv einzubringen. 125 Jahre BGV sind kein Abschluss, sondern eine Verpflichtung. Wir sind stolz, Teil dieser Gemeinschaft zu sein – und bereit, Verantwortung für die Zukunft zu übernehmen.

Gemeinsam können wir viel bewegen ... sprechen wir nicht nur darüber, machen wir's.

Euer Viktor Scharegg



Die Wirtschaft findet weniger Gehör

Anfang der Jahrtausendwende stellt der BGV seine Tätigkeiten noch vermehrt in den Dienst seiner Mitglieder. Er passt seine Strategie den wirtschaftlichen Verhältnissen an, kämpft für bessere Rahmenbedingungen, stärkt die Berufsbildung und will sich als grösster Wirtschaftsverband des Kantons etablieren.

mi. Im neuen Jahrtausend kann sich der BGV als grösster Wirtschaftsverband positionieren, politisch muss er aufgrund der Grosswetterlage aber zahlreiche Abstimmungsniederlagen einstecken. Die Bedeutung der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit hat in den letzten 25 Jahren auch beim BGV an Bedeutung gewonnen – ebenso die Schwerpunktsetzung im Rahmen einer Strategie. Zur Umsetzung der ersten Strategie werden vier Aktionspläne gebildet.

Schwierige Ausgangslage

Graubünden ist – wie alle Berggebiete – bereits gegen Ende des letzten Jahrhunderts unter starken wirtschaftlichen Druck geraten. Gründe dafür sind unter anderem die Aufwertung des Frankens, die sich negativ auf Tourismus und Export von Industriegütern, Landwirtschaftsprodukten und Wasserkraftstrom auswirkt und 2015 in der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank gipfelt. Das Zweitwohnungsverbot von 2012 lähmt zusätzlich die Binnenwirtschaft. Da Berggebiete aufgrund geografischer und struktureller Gegebenheiten seit Jahrzehnten vom allgemeinen Wachstum abgekoppelt sind, werden sie zunehmend marginalisiert. In Fachkreisen ist von einer «Brache im

Berggebiet» die Rede – ein Ausdruck, der zu politischen und gesellschaftlichen Spannungen führt. Der BGV analysiert, dass weder kurz- noch langfristig Anzeichen für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage bestehen. Unter Einbezug der Bevölkerungsentwicklung zeigt sich zudem, dass Graubünden eine Überalterung droht. Der BGV beschliesst, Gegensteuer zu geben, verstärkt die Zusammenarbeit mit Arbeitgeberverband, Handelskammer und HotellerieSuisse Graubünden und bezieht mit diesen Verbänden das Haus der Wirtschaft in Chur. Damit entstehen die Dachorganisationen der Wirtschaft Graubünden (DWGR), welche bis heute das politische Sprachrohr der Wirtschaft sind. Berichte des Wirtschaftsforums Graubünden führen 2013 zur Erkenntnis, dass Graubünden wirtschaftlich an einem ähnlichen Punkt steht wie vor dem Aufkommen von Tourismus und Kraftwerksbau in den Fünfzigerjahren. Die zentrale Frage lautet: Welche neuen Wachstumstreiber können dem Kanton künftig helfen?

Tourismus und Olympiaabstimmungen

Obwohl der Freihandel zur Jahrtausendwende blüht und die Globalisierung voranschreitet, nimmt auch in Graubünden die Wachstumskritik zu. Selbstverständliches wie Wintersportevents wird infrage gestellt. Trotz Unterstützung aller bürgerlichen Parteien und der Wirtschaft lehnt der Bündner Souverän einen Beitrag von sieben Millionen Franken zur Unterstützung der alpinen Ski-Weltmeisterschaften 2003 ab. Erst im zweiten Anlauf gelingt es dem BGV, den auf vier Millionen Franken reduzierten Betrag durchzubringen. Diese beiden Abstimmungen sind für den BGV ein Signal, sich ver-

mehrt dem wichtigsten Wirtschaftsmotor, dem Tourismus, zu widmen und seine Strategie neu auszurichten. Der BGV beteiligt sich an der Einführung der Marke Graubünden und an der Tourismusreform, mit dem Ziel, aus den rund 90 Verkehrsvereinen wettbewerbsfähigere Strukturen zu schaffen. Dies gelingt trotz erheblicher Widerstände – mit Ausnahme der Einführung einer neuen Tourismusabgabe zur Finanzierung des Tourismusmarketings, die am 25. November 2012 klar abgelehnt wird. Obwohl der BGV als Promoter früherer Olympia-kandidaturen zwiespältige Erfahrungen gemacht hat, steht er weiterhin hinter Grossveranstaltungen. Mit Engagement unterstützt er die Kandidatur St. Moritz/Davos 2022, die vom Souverän mit knapp 53 Prozent abgelehnt wird. Angesichts einer sich verschlechternden Wirtschaftslage erarbeitet er gemeinsam mit Partnerkantonen eine Kandidatur für die Winterspiele 2026. Das dezentrale Konzept sieht vor, bisher übergangene Regionen und auch Chur einzubinden sowie verkehr-intensive Disziplinen ausserhalb Graubündens durchzuführen. Doch auch diese Idee überzeugt die Stimmbewölkerung nicht und wird mit rund 60 Prozent Nein-Stimmen verworfen.

Abgewehrte Steuererhöhung

Erfolgreicher ist der BGV an der Steuerfront. Mittels wiederholter Eingaben gelingt es mit Unterstützung der bürgerlichen Parteien, die Steuerbelastung neben den natürlichen Personen auch jene bei den juristischen Personen zu reduzieren. Der wohl grösste Erfolg nimmt diesbezüglich allerdings an der sogenannten Gipfelstürmertagung im Oktober 2002 seinen Anfang. Die Regierung bean-



2009: FIFA-Präsident Joseph «Sepp» Blatter zu Besuch in Graubünden.



2012: Die Bündner Berufsausstellung Fiutscher öffnet ihre Türen.

trägt gleichentags eine allgemeine Steuererhöhung um 10 Prozent. Dagegen wehren sich die Präsidentenkonferenz und der Kantonalvorstand mit einer hochbeachteten Resolution: «Zuerst sparen, bevor Steuern erhöhen!» Der Grosse Rat folgte der Regierung bei der Steuererhöhung nicht. Die Wirtschaftsverbände schlagen ein eigenes Sparprogramm vor. Die Steuererhöhung kann abgewendet werden und dank der Steuerbremse kann der Kanton sein Eigenkapital dank sprudelnder Steuern laufend erhöhen. Das frei verfügbare Kapital beläuft sich Ende 2024 auf fast eine Milliarde Franken. Auch deshalb gelingt es den Wirtschaftsverbänden zusammen mit den bürgerlichen Parteien, im Grossen Rat 2024 und 2025 dreimal die Steuern für natürliche Personen zu senken.

Raumplanung wird zum Sorgenkind

Harte Entscheide mit weitreichenden Folgen muss das Gewerbe in den Jahren 2012 und 2013 in raumplanerischer Hinsicht in Kauf nehmen. Die Annahme der Zweitwohnungsinitiative am 11. März 2012 (Weber-Initiative «Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen») sollte einschneidende Konsequenzen für die Volkswirtschaft haben. Gegen die Initiative wehrt sich der BGV mit erheblichen personellen und finanziellen Ressourcen. Ebenfalls wird ein Jahr später das revidierte Raumplanungsgesetz (RPG) angenommen, gegen welches sich der BGV ebenfalls ausgesprochen hat. Der BGV gehört zum Referendumskomitee, sammelt ohne Unterstützung Dritter Unterschriften und findet sich im eigenen Kanton als verlassener Rufer in der Wüste wieder. Beide Abstimmungsniederlagen haben nicht nur für das Gewerbe im Kanton, sondern für den

gesamten Kanton heute spürbare negative Konsequenzen. Die Raumplanung ist zur Hauptherausforderung der Wirtschaft geworden. Der Zentralismus und die Verrechtlichung haben zugenommen, die Baulandpreise schiessen aufgrund der doppelten Verknappung des Bodens in die Höhe. Die Betriebe haben Mühe, sich aufgrund fehlender Fläche zu entwickeln, und für Mitarbeitende fehlt vielerorts bezahlbarer Wohnraum. Angesichts des verheerenden Schadens, den beide Abstimmungsvorlagen in Graubünden wenige Jahre später auslösen sollten, sieht sich der BGV in seiner Haltung zwar bestätigt, muss aber auch feststellen, dass diese späte Erkenntnis nutzlos ist. Entsprechend hat der BGV entschieden, sich dem Thema Raumplanung stärker zu widmen und 2025 einen Aktionsplan Raumplanung zu verabschieden.

Fachkräftemangel und Pandemie

Dass der Wohlstand auf prosperierenden Rahmenbedingungen für die Wirtschaft beruht, kommt in Politik und Stimmbevölkerung immer mehr abhanden. Dieser Prozess setzte sich in den letzten 25 Jahren fort. Dies muss der BGV in seiner politischen Arbeit, sei dies auf Kantonsebene oder bei Abstimmungsvorlagen, immer wieder erfahren, so auch bei der Annahme der 13. AHV-Rente oder der Ablehnung der Finanzierung der Autobahngengpassbeseitigung STEP. Die Coronapandemie und die zahlreichen Einschränkungen der Wirtschaftsfreiheit sind einschneidend. Er kämpft für möglichst wirtschaftsfreundliche Eindämmungsmassnahmen und pragmatische Corona-Entschädigungen, richtet eine Beratungsstelle ein und orientiert die Mitglieder regelmässig über neueste Entschei-

de. Allgemein hat die Kommunikation beim BGV an Bedeutung gewonnen. Er baut diese vor allem im digitalen Bereich laufend aus und visualisiert und modernisiert seinen Auftritt 2025 mit einem neuen Claim: «Wir schaffen Zukunft». Ebenfalls baut er seine Aktivitäten im Bereich Anlässe und Weiterbildungen aus und beteiligt sich an der Höheren Wirtschaftsschule Graubünden. Bei den Herausforderungen tritt der sich abzeichnende Fachkräftemangel ein. Die Hauptsorge der meisten Mitglieder ist daher nicht zu wenig Aufträge, sondern zu wenig Mitarbeitende. Der BGV richtet seine politischen und anderen Aktivitäten danach aus, stärkt sein Engagement im Bereich Berufsbildung und veröffentlicht 2024 die Strategie Berufsbildung Graubünden 2035.

Fiutscher – der Leuchtturm des BGV

Auch der Leuchtturm des BGV, die eigene Bündner Berufsausstellung Fiutscher, entsteht unter dem Stern des Fachkräftemangels. Vorausschauend auf die demografische Entwicklung nimmt der BGV das Projekt in die Hand. Da vielerorts der Lehrstellenmangel und nicht der Lernendenmangel vor Augen ist, müssen die Branchenverbände zuerst überzeugt werden, bei der kantonalen Berufsausstellung mitzumachen. Die erste Durchführung muss sogar verschoben werden. Während die erste Ausstellung 2010 von 7000 Besuchern besucht wird, werden 2025 bei der achten Durchführung 17 000 Eintritte verzeichnet. Die Ausstellungsfläche wird in dieser Zeit verdoppelt. Mit Fiutscher kann der BGV auch sein Engagement für die Berufsbildung zeigen. Es ist ein Projekt mit einer grossen Sympathie und Unterstützung von allen Seiten.



2014: BGV-Präsident Urs Schädler gibt den Takt an.



2020: Corona bremst das Gewerbe und die Wirtschaft aus.

Wir bauen um
und sind weiter
für Sie da.

Zukunft braucht

RAUM

Für mehr Erlebnis, Komfort und Qualität.

GARAGEGUT

Kommunikation ist alles.

Beim Zuhören
sind wir ganz Ohr.

BEARTH
& partner

- ✓ REVISION / WIRTSCHAFTSPRÜFUNG
- ✓ STEUER- / UNTERNEHMENSBERATUNG
- ✓ BUCHHALTUNG / JAHRESABSCHLUSS
- ✓ IMMOBILIENBEWIRTSCHAFTUNG

Bearth & Partner

Steuerberatung und Treuhand AG

Quaderstrasse 18 | CH-7000 Chur | 081 254 37 37 | bearth-treuhand.ch



TREUHAND | SUISSE



Warum der BGV Ja zur SRG-Initiative sagt



Maurus Blumenthal

Der Bündner Gewerbeverband hat seine Ja-Parole zur SRG-Initiative nach einer seriösen und engagierten Diskussion gefasst. Ausschlaggebend war für uns die umsatzabhängige Abgabe für Unternehmen. Die geräteunabhängige TV- und Radioabgabe für Unternehmen wurde 2015 mit nur rund 3000 Stimmen Unterschied vom Stimmvolk angenommen. Sie ist schlicht unfair. Unternehmen mit hohen Umsätzen, aber tiefen Margen, wie Detailhandel oder Garagisten, werden dadurch unverhältnismässig belastet. In wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist diese Abgabe mehr als ein Ärgernis. Sie ist eine reale finanzielle Belastung.

Entscheidend ist noch etwas Grundsätzliches. Abgaben und Gebühren bezahlt man für eine konkrete Leistung. Öffentlich-rechtliche Medien sind eine Dienstleistung für die Bevölkerung, nicht für Unternehmen. Menschen, und nicht Arbeitgeber schauen Fernsehen und hören Radio. Entsprechend bezahlt die Bevölkerung den Service public über die Haushaltsabgabe. Die Gegenmassnahme des Bundesrats, die Schwelle für die Befreiung von der Unternehmensabgabe zu erhöhen, ist ungenügend. Rund 20 Prozent der Unternehmen – etwa 80 000 Betriebe – müssten weiterhin rund 160 Millionen Franken pro Jahr bezahlen. Das ist nur geringfügig weniger als heute.

Man kann uns nicht vorwerfen, wir hätten keine anderen Wege gesucht, um diese unfaire Abgabe abzuschaffen. Der Schweizerische Gewerbeverband hat während Jahren versucht, diese Abgabe politisch abzuschaffen oder zumindest grundlegend zu reformieren – ohne Erfolg. Zuletzt scheiterte im vergangenen Jahr ein indirekter Gegenvorschlag zur SRG-Initiative im Ständerat. Dieser hätte eine stufenweise Abschaffung der Unternehmensabgabe bis 2035 vorgesehen. Auch dieser Vorstoss wurde dank starkem Lobbying der SRG versenkt. Damit trägt die SRG selber die Verantwortung dafür, dass sich das Gewerbe nun hinter die Initiative stellt.

Natürlich haben wir uns auch mit den möglichen Folgen für Graubünden auseinandergesetzt. Neben Risiken sehen wir auch Chancen. Selbst bei Annahme stünden der

SRG weiterhin rund 630 Millionen Franken an Gebührengeldern zur Verfügung, mit den weiteren Einnahmen sogar rund 850 Millionen. Zum Vergleich: Alle Informationssendungen von SRF (Radio und TV) kosten heute rund 48 Millionen Franken jährlich. Die Gegner warnen vor der Schliessung der Regionalstudios. Diese Drohkulisse suggeriert, dass automatisch mit dem «Rasenmäher» gespart würde. Doch darüber entscheidet nicht die SRG, sondern das Parlament und letztlich das Volk, denn das Radio- und Fernsehgesetz müsste revidiert werden.

Diese Revision würde eine kritische Überprüfung des SRG-Auftrags beinhalten. Er stammt aus einer Zeit, in der man sich abends gemeinsam vor den Fernseher setzte und mittags Radio hörte. Heute verändern sich Technologien, Kanäle und Nutzungsgewohnheiten rasant. Deshalb ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, neu zu definieren, was heute zum medialen Service public gehört – und auch was nicht mehr zwingend dazugehört. Gehören Unterhaltung, Sport und Filme weiterhin dazu, obwohl es zahlreiche private Angebote gibt? Auch die Film- und Kulturförderung hat sich seit der Gründung der SRG vor rund 100 Jahren stark verändert. Mit der Lex Netflix ist gerade erst ein neuer Fördertopf hinzugekommen. Die Herausforderungen durch Onlinemedien und künstliche Intelligenz lassen sich nicht mit einem Festhalten an überholten Strukturen lösen.

Wie viel von den verbleibenden Gebühren Graubünden erhalten würde, müsste politisch festgelegt werden. Der Kanton stellt rund 2,5 Prozent der Schweizer Bevölkerung. Mit einem Zuschlag für Mehrsprachigkeit von bspw. 2 Prozent ergäbe sich ein Budget von rund 25 bis 35 Millionen Franken für ein dreisprachiges Radio- und TV-Angebot in Graubünden. Zum Vergleich: Die Samedia erhält derzeit rund 8 Millionen Franken pro Jahr aus der Konzession. Eine Annahme der Initiative könnte zudem die Chance eröffnen, ein dreisprachiges Medienhaus aufzubauen.

Aus demokratiepolitischer Sicht braucht es heute keine starke nationale SRG mehr. Auf nationaler Ebene ist die Meinungsvielfalt

weitgehend gegeben. Anders in den Regionen: Dort besteht ein Defizit an Medienvielfalt. Gerade regional braucht es einen starken Service public. Medienpolitisch sollte eine Annahme der Initiative daher nicht zu einer Zentralisierung führen, sondern zu einer gezielten Dezentralisierung: weniger nationaler Konzentration, mehr regionaler Verankerung und Berichterstattung.

Zwar gibt es nur wenige belastbare Zahlen, die einen langfristigen Vergleich des Medienkonsums erlauben. Klar ist jedoch: Es gibt heute mehr Medienangebote als früher, die Menschen verbringen mehr Zeit mit Medien und geben tendenziell auch mehr Geld dafür aus. Dieses Geld investieren sie heute lieber in hochwertigen Qualitätsjournalismus oder in gute Unterhaltungsangebote über Plattformen wie Netflix, Spotify oder Sky – und weniger in einen veralteten Service public oder in eine knapp mittelmässige Regionalzeitung.

In der Beurteilung der journalistischen Qualität des grössten Bündner Medienhauses sind sich viele Gegner und Befürworter der SRG-Initiative einig: Diese konsequent auf (vermeintliche) Leserbedürfnisse ausgerichtete Zeitung löst viel Unzufriedenheit aus, auch was die Meinungsvielfalt im Kanton angeht. Seit Klicks zur neuen Währung geworden sind und der Chefredaktor aus dem norddeutschen Flachland in seinen Kolumnen am liebsten über alle Bergler herzieht, verliert die Tageszeitung laufend an Relevanz. Auch dort ersetzt journalistische Betroffenheit immer öfter journalistische Relevanz. Langfristig droht ihr die journalistische Bedeutungslosigkeit. Ob die SRG-Initiative an dieser Entwicklung etwas ändern würde – und ob zum Besseren oder zum Schlechteren –, darüber gehen die Meinungen dagegen wieder auseinander.

Gleichzeitig gibt es auch Erfolgsgeschichten in der Bündner Medienlandschaft. Unsere Zeitschrift «Bündner Gewerbe» erscheint ab diesem Jahr sechs statt vier Mal – unter anderem auch dank gestiegener Werbeeinnahmen. Dafür danken wir unseren treuen Inserenten sowie unseren Leserinnen und Lesern.



Mehr für alle: Bei uns bleibt jeder Franken im System.

Weil gemeinsam besser ist.

Unsere genossenschaftliche Struktur hat auch finanzielle Vorteile. Der ganze Ertrag wird nur zu Gunsten der Mitglieder und für die Sicherung der Renten eingesetzt. Und was übrig bleibt, reichen wir in Form einer höheren Verzinsung an Sie weiter.

Erfahren Sie mehr über die Vorteile unserer genossenschaftlich organisierten Pensionskasse.
www.asga.ch



THOMANN
NUTZFAHRZEUGE

Ihr Gas(t)geber für Wartung und Verkauf
von Lastwagen, Omnibussen, Transportern



Auch in Sachen Elektro-Mobilität profitieren Sie von unseren Komplettlösungen – dies bei Kauf und Miete.

ARCHITEKT FÜR ELEKTRIFIZIERUNG

Wir geben Ihnen eine praxisstarke 360°-Unterstützung zu allen Fragen wie Lade-Infrastruktur, Routenplanung oder Reichweitenoptimierung. Und für die anspruchsvollen Hochvolt-Wartungs- und Reparaturarbeiten sind wir bestens vorbereitet.

www.thomann.swiss



VOLVO IVECO



OMNIplus



Thomann Nutzfahrzeuge AG
Schmerikon/Frauenfeld/Arbon/Chur

Rottal Auto AG
Ruswil

Gebr. Knecht AG
Bassersdorf/Aarau

Sales



After-Sales



Ja zur Individualbesteuerung und Nein zur Klimafonds-Initiative

Der Kantonalvorstand des Bündner Gewerbeverbands hat die Parolen zur Abstimmung vom 8. März gefasst: Ja zum direkten Gegenentwurf zur Volksinitiative «Bargeld ist Freiheit», Ja zur Individualbesteuerung und Ja zur SRG-Initiative. Nein sagt der BGV zur Klimafonds-Initiative.

Bl. Am meisten zu diskutieren im 35-köpfigen BGV-Kantonalvorstand hat die SRG-Initiative (S.16–18) gegeben. Unbestritten waren dagegen die Entscheide zu den drei anderen Vorlagen. Bei der Individualbesteuerung überwiegen aus Sicht des BGV die Vorteile deutlich. Eine klare Mehrheit stellt sich hinter die Vorlage im Gegensatz zum Schweizerischen Gewerbeverband, welcher die Vorlage ablehnt. Die Klimafonds-Initiative würde keine Probleme lösen und entweder zu einer massiven Steuererhöhung oder Neuverschuldung führen.

Die Volksinitiative «Ja zu einer unabhängigen, freien Schweizer Währung mit Münzen

oder Banknoten (Bargeld ist Freiheit)» kommt gemeinsam mit dem direkten Gegenentwurf des Bundes zur Abstimmung. Beide Vorlagen befassen sich mit der Rolle des Bargelds und der schweizerischen Währung auf Verfassungsebene. Das Initiativkomitee hat die Initiative nicht zurückgezogen, daher kommen beide Abstimmungsvorlagen am 8. März zur Abstimmung. Der BGV empfiehlt, nur den Gegenentwurf anzunehmen und diesen bei der Stichfrage anzukreuzen. Die Volksinitiative verlangt, zwei Grundsätze in der Bundesverfassung zu verankern: Zum einen soll der Bund verpflichtet werden, eine ausreichende Versorgung mit Bargeld sicherzustellen. Zum anderen soll eine Volksabstimmung zwingend vorgeschrieben sein, falls der Schweizer Franken künftig durch eine andere Währung ersetzt werden sollte. Bundesrat und Parlament erachten die Initiative jedoch als zu unpräzise formuliert, insbesondere hinsichtlich der Frage, in welchem Umfang Bargeld als Zahlungsmittel erhalten bleiben muss.

Der Gegenentwurf zur Initiative sieht vor, in der Verfassung festzuschreiben, dass der Schweizer Franken die nationale Währung ist und dass die Bargeldversorgung gewährleistet sein muss. Damit übernimmt der Gegenentwurf die zentralen Anliegen der Initiative, verankert jedoch bestehende gesetzliche Regelungen neu auf Verfassungsebene. Konkret werden Bestimmungen aus dem Nationalbankgesetz und dem Währungsgesetz übernommen. Der Auftrag der Nationalbank wird mit dem Gegenentwurf dahingehend präzisiert, dass die Bargeldversorgung entsprechend den Bedürfnissen des Zahlungsverkehrs sicherzustellen ist. Ein wesentlicher Unterschied zwischen Initiative und Gegenentwurf liegt in der Auslegung des Bargeldbegriffs. Während die Initiative so verstanden werden kann, dass Bargeld überall und jederzeit als Zahlungsmittel akzeptiert bleiben muss, verzichtet der Gegenentwurf auf eine solche weitgehende Festlegung. Er soll Rechtssicherheit schaffen, Unklarheiten vermeiden und das bestehende System stärken.



Worum es geht: Die linksgrüne Volksinitiative «Für eine gerechte Energie- und Klimapolitik: Investieren für Wohlstand, Arbeit und Umwelt (Klimafonds-Initiative)» verlangt die Schaffung eines staatlichen Klimafonds. Aus diesem sollen zusätzliche Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien, in Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz sowie in die Dekarbonisierung von Verkehr, Gebäuden und Wirtschaft finanziert werden. Weitere Förderbereiche sind Aus- und Weiterbildungen, die Versorgungssicherheit, natürliche Kohlenstoffsinkung sowie der Schutz der Biodiversität. Die Mittel für den Fonds sollen aus dem Bundeshaushalt stammen. Vorgesehen ist, dass der Bund jährlich zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in

den Fonds einzahlt. Dies entspricht nach heutigem Stand rund 3,9 bis 7,8 Milliarden Franken pro Jahr. Die Finanzierung des Fonds wird mit der Volksinitiative nicht geregelt. Entweder müssten die Steuern erhöht werden, bspw. die Mehrwertsteuer um rund 2 Prozent, oder der Bund müsste sich neu verschulden.

Argumente dagegen

Mit dem revidierten CO-Gesetz, dem Klima- und Innovationsgesetz sowie dem Gesetz über eine sichere Stromversorgung wurden zentrale Anliegen der Initiative bereits gesetzlich verankert. Gegen die Initiative spricht erstens, dass der Bund bereits heute erhebliche Mittel für Klimaschutz, Energiewende und Biodiversität einsetzt. Mit bestehenden und ab 2025 geltenden Förderinstrumenten stehen rund 2 Milliarden Franken pro Jahr für den Umbau des Energiesystems und die Reduktion der Treibhausgasemissionen zur Verfügung. Zusätzlich sind jährlich rund 600 Millionen Franken für die Förderung der Biodiversität vorgesehen. Ein

zusätzlicher Fonds ist aus dieser Sicht nicht notwendig.

Die Initiative würde den Bundeshaushalt stark belasten. Bis 2050 würde der Fonds 200 Milliarden Franken verschlingen, was zu einer Neuverschuldung führen oder Steuererhöhungen nach sich ziehen würde. So müsste die Bundessteuer um bis zu 28 Prozent erhöht werden oder die Mehrwertsteuer um bis zu 2,5 Prozent. Die Neuverschuldung würde bis 6 Prozent pro Jahr betragen. Beides würde Haushalte und Unternehmen belasten, ohne eine nennenswerte Wirkung zu erzielen. Zudem besteht die Gefahr, dass Innovationskraft und unternehmerische Eigeninitiative geschwächt werden. Da der geforderte Klimafonds bis zu 10 Prozent des Bundesbudgets binden würde, würde das Geld an anderen Stellen fehlen. In der Realität bedeuten mehr Schulden weniger Spielraum für zentrale staatliche Aufgaben, die heute schon stark gefordert sind. Aufgrund dessen hat sich der Kantonalvorstand einstimmig gegen die Klimafonds-Initiative ausgesprochen.

Ja zur Individualbesteuerung

Worum es geht: Seit einem Urteil des Schweizerischen Bundesgerichts aus dem Jahr 1984 ist bekannt, dass die gemeinsame Besteuerung von Ehepaaren zu steuerlichen Ungleichbehandlungen führen kann. Während viele Kantone seither eigene Lösungen wie das Splitting-Verfahren oder Verheirateten-Tarife eingeführt haben, besteht bei der direkten Bundessteuer weiterhin eine sogenannte Heiratsstrafe. Es handelt sich dabei um einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für eine zivilstandsunabhängige Individualbesteuerung (Steuergerechtigkeits-Initiative)». Die Initiative wurde zurückgezogen. Gegen das Gesetz wurde aber das Referendum ergriffen, weshalb nun am 8. März eine eidgenössische Volksabstimmung stattfindet. Mit der Gesetzesvorlage sollen künftig Ehepaare, analog zu unverheirateten Paaren, einzeln besteuert werden. Die Reform betrifft die direkte Bundessteuer sowie das Steuerharmonisierungsgesetz und soll auf Bundes-, Kantons- und Gemeindeebene umgesetzt werden. Mit der Vorlage sind einige weitere Anpassungen im Steuerrecht verknüpft.

Argumente dafür

- **Steuerliche Gleichbehandlung:** Die Individualbesteuerung beseitigt die aktuelle steuerliche Ungleichbehandlung von verheirateten und unverheirateten Paaren in unserem Land. Sie modernisiert das Steuersystem, setzt ein seit langem bestehendes Urteil des Bundesgerichts um und schafft

klare sowie rechtssichere Rahmenbedingungen.

- **Entlastung von Familien und wirtschaftliche Impulse:** Durch die Erhöhung des Kinderabzugs bei der direkten Bundessteuer von 6700 auf 12 000 Franken werden Familien spürbar entlastet. Die zusätzliche Kaufkraft kann den privaten Konsum stärken und positive Impulse für die Binnenwirtschaft setzen, auch wenn dies mit Mindereinnahmen für die öffentliche Hand verbunden ist.
- **Vereinfachung der Besteuerung:** Für viele Haushalte, insbesondere für Paare mit ähnlichen Einkommen, wird die Steuerveranlagung transparenter und nachvollziehbarer. Die individuelle Besteuerung entspricht zudem der heutigen Lebens- und Erwerbsrealität vieler Familien.
- **Stärkung der Arbeitsanreize:** Die Abschaffung der gemeinsamen Besteuerung kann die Erwerbsanreize für Zweitverdienende verbessern. Dies erleichtert den (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt oder die Erhöhung des Arbeitspensums und trägt zur besseren Ausschöpfung des inländischen Arbeitskräftepotenzials bei.

Argumente dagegen

- **Mehrbelastung für Einverdiener-Haushalte:** Familien mit nur einem oder einem deutlich höheren Haupteinkommen können in der Schweiz durch die Reform steuerlich

stärker belastet werden. Besonders Haushalte mit einer klassischen Rollenverteilung sind betroffen, da die Individualbesteuerung bewusst Anreize zugunsten einer stärkeren Erwerbstätigkeit beider Partner setzt.

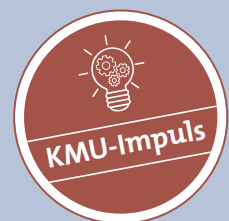
- **Erhöhter administrativer Aufwand:** Die Einführung der Individualbesteuerung führt zu rund 1,7 Millionen zusätzlichen Steuererklärungen. Dies bedeutet einen erheblichen Mehraufwand für Steuerbehörden und Steuerpflichtige und kann ohne konsequente Digitalisierung zu höheren Kosten und zusätzlicher Bürokratie führen.
- **Kosten und Umstellungen für die Kantone:** Viele Kantone in unserem Land haben bereits vor einiger Zeit bewährte Modelle wie das Splitting oder reduzierte Steuersätze für Verheiratete eingeführt. Der Systemwechsel zwingt sie zu erneuten Anpassungen ihrer Steuergesetze und Verwaltungsprozesse, was zusätzlichen Aufwand und Mehrkosten verursacht.
- **Fragliche Wirkung bei Arbeitsanreizen:** Kritiker bezweifeln, dass die Individualbesteuerung das wirksamste Instrument zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ist. Alternativen wie ein gezielter Ausbau des Zweitverdiener-Abzugs könnten Arbeitsanreize direkter setzen, ohne einen umfassenden Systemwechsel zu erfordern.

Anlass mit Netzwerkapéro

Energieverbund und Batteriespeicher als Chance für Unternehmen?

Dienstag, 10. März, 17.30 – 19.00 Uhr

Aula ibW Chur
Information und Anmeldung:
www.kmu-impuls.ch



Eine Veranstaltung von

HWSGR

Höhere
Wirtschaftsschule
Graubünden

 Bündner Gewerbeverband
Unione grigione arti e mestieri
Unìun grischuna da mastergn

Sponsor

ibw

Höhere Fachschule
Südostschweiz

Presenting Partner



**Graubündner
Kantonalbank**



Gredig + Partner AG
Treuhand Steuern Revision



DAMIT SIE IN SACHEN
STEUERN
NICHT INS RUDERN KOMMEN.



www.gredig-partner.ch

Hauptsitz: CH-7430 Thusis, Spitalstr. 1, Telefon +41 81 650 06 00, thusis@gredig-partner.ch
Zweigbüro: CH-7000 Chur, Gäuggelistr. 4, Telefon +41 81 257 10 40, chur@gredig-partner.ch

Mitglied TREUHAND | SUISSE
 Mitglied von EXPERTsuisse



Die vollelektrischen Vans von Mercedes-Benz.

Jetzt entdecken unter



SAGA CHUR

Ringstrasse 5 - 9, 7007 Chur, Tel. 081 287 11 11, info@rcm-saga.ch, www.rcm-saga.ch

SWICA

Versicherungslösungen mit Herz und Sachverstand – für Ihr Unternehmen

Von Auftragseingang bis Zufriedenheit: Ein gesundes Unternehmen ist die Basis für Erfolge aller Art. Deshalb bieten wir Ihnen individuelle Versicherungslösungen, die sich dank attraktiver Kollektivvorteile zudem besonders rechnen.

Jetzt informieren: SWICA Chur, Telefon 081 254 15 15, [swica.ch/unternehmen](https://www.swica.ch/unternehmen)



JUNGEN TREUHAND UND
INFORMATIK
GmbH

Wir beraten Sie professionell,
exakt und zielorientiert.

Unsere Dienstleistungen umfassen die folgenden Themenbereiche

- Steuererklärungen
- Treuhand für Senioren
- Buchhaltung für Kleinbetriebe
- Beratung auf dem Weg zur Selbständigkeit
- Administration für Vereine und Verbände

Jungen Treuhand und Informatik GmbH

Peter Jungen | Vea Plaz 29 | 7457 Bivio
peter@jungentreuhand.ch | www.jungentreuhand.ch



GEDRUCKT IM PUSCHLAV

Was gut ist, bleibt und was besser geht, das übernehmen wir. Darum machen wir manches, was andere noch nicht oder schon lange nicht mehr können.



TIPOGRAFIA
MENGHINI

081 844 01 63 | tipo-menghini.ch



WILLI
Gebäudetechnik



Gebäudetechnik, die verbindet

Burkhalter
Group

Pro und Contra zur SRG-Initiative

SRG-INITIATIVE
1x zahlen ist genug! JA

Der Kantonalvorstand des BGV hat sich für die Ja-Parole zur Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)» ausgesprochen. Ausschlaggebend für das Ja war die ungerechte umsatzbasierte TV- und Radio-Abgabe für Unternehmen. Die Gegner der Vorlage haben auf die Risiken für die Bündner Medien mit ihrer Dreisprachigkeit hingewiesen.

Bl. Die Parole zur SRG-Initiative wurde innerhalb des BGV kontrovers diskutiert. Eine Stimmfreigabe wurde von den Mitgliedern des Kantonalvorstands abgelehnt. Nach einer Diskussionsrunde zwischen BGV-Vizepräsident Jan Koch und Vincent Augustin (Verwaltungsrat der SRG SSR und Präsident der SRG SSR Svisra Rumantscha) äusserten sich Gegner und Befürworter. BGV-Präsident Viktor Scharegg sagt dazu: «In unserem Verband leben wir die offene Diskussion und treffen unsere Entscheide demokratisch. Nach einer Debatte hat unser Kantonalvorstand die Ja-Parole gefasst. Diese Abstimmungsempfehlung gilt es im Verband zu akzeptieren.»

Im Zentrum der Debatte stand die umsatzbasierte Abgabe, die mit der Revision des

Radio- und Fernsehgesetzes vor rund zehn Jahren eingeführt wurde und seither in Gewerkekreisen immer wieder auf starke Kritik gestossen ist. BGV-Direktor Maurus Blumenthal sagt dazu: «Es ist stossend, dass das Bundesparlament im Rahmen der Debatte um einen möglichen Gegenvorschlag nicht in der Lage war, diese ungerechte Abgabe für Unternehmen zu streichen oder zumindest zu reformieren. Unternehmen aus dem Handel werden überproportional belastet – das kann der Gewerbeverband nicht akzeptieren.» Auch wenn diese Abgabe möglicherweise gering erscheinen mag, ist für den BGV nicht ersichtlich, weshalb Unternehmen für den Service public bezahlen müssen. Dieser richtet sich an Menschen, und nicht an Organisationen und solche durch personenbezogene Abgaben oder Steuererträge finanziert werden. Zudem kann ein Unternehmen weder Fernsehen noch Radio hören, und alle Angestellten bezahlen die Abgabe bereits privat in ihren Haushalten. «Die Streichung der umsatzbasierten Abgabe ist für uns das Kernargument der Vorlage. Als Unternehmer kann ich einen operativen Verlust erleiden und muss dennoch diese Abgabe bezahlen. Das geht einfach

nicht», erklärt BGV-Vizepräsident Jan Koch.

Für den BGV braucht es in Graubünden weiterhin öffentlich-rechtliche Medien in allen drei Landessprachen. Eine Annahme der SRG-Initiative ist zwar mit Risiken verbunden, eröffnet aber auch Chancen. Die SRG müsste bei einem Ja restrukturiert werden und sich auf ihren Kernauftrag fokussieren. Es stünden ihr weiterhin fast 700 Millionen Franken pro Jahr an Gebühreneinnahmen zur Verfügung. «Für Unternehmen ist es normal, dass sie sich in einem veränderten Marktumfeld neu erfinden müssen. Die Medienlandschaft hat sich stark verändert, und der Service public muss entsprechend neu definiert werden», so Jan Koch. Bei einer Annahme müssten das Bundesgesetz über Radio und Fernsehen sowie der Auftrag an die SRG angepasst werden. Der BGV wird sich dafür einsetzen, dass die regionale Berichterstattung nicht geschwächt wird. Im Vergleich zur nationalen Ebene, wo ein funktionierender Medienmarkt vorhanden ist, ist dies in verschiedenen Regionen der Schweiz nicht der Fall.

«Die Initiative verdient ein deutliches JA»

Aus Sicht des Gewerbes ist ein Punkt zentral: Die Initiative beendet die heutige Doppelbelastung. Heute zahlen viele Unternehmen – juristische Personen ebenso wie zahlreiche Einzelunternehmen – die Abgabe als Betrieb und dieselben Personen zusätzlich nochmals privat als Haushalt. Das ist sachlich schwer zu begründen und trifft besonders KMU, die ohnehin unter Kosten- und Bürokratiendruck stehen. Mit der Befreiung der Unternehmen wird diese Doppelbesteuerung aufgehoben: Service public bleibt Aufgabe der Haushalte als Nutzniesser, nicht der Firmen als unfreiwillige Mitfinanzierer. Die Initiative verdient darum ein deutliches JA! Für Graubünden ist gleichzeitig entscheidend, dass die Grundversorgung in

allen Landessprachen verlässlich bleibt – besonders mit RTR und RSI. Genau hier setzt die Initiative nicht den Rotstift an, sondern eine Leitplanke. Der Finanzausgleich zwischen den Sprachregionen bleibt bestehen, damit die sprachlichen Minderheiten weiterhin gleichwertige und hochwertige Programme erhalten. Das ist der Kern – und der muss Priorität haben. Eine schlankere Finanzierung zwingt die SRG, sich konsequent auf diesen Kernauftrag zu konzentrieren. Verlässliche Information, regionale Berichterstattung, Kultur und Bildung – statt auf immer neue Nebengebiete, teure Parallelstrukturen und eine Ausdehnung in Bereiche, in denen private Medien längst tätig sind. Gerade in einem Bergkanton ist Nähe wichtiger als Masse. Weniger Zentralismus, mehr regionale Relevanz. Gleichzeitig stärkt die Initiative die Medienvielfalt

ausserhalb der SRG. Die privaten regionalen Radio- und TV-Veranstalter werden ausdrücklich geschützt. Ihr Gebührenanteil bleibt mindestens auf dem heute konzessionsrechtlich definierten Niveau. Das ist wichtig, weil Medienvielfalt in den Regionen nicht nur von einem Anbieter leben darf. Der Umbau kommt ohnehin. Darum geht es nicht um die Illusion «alles bleibt wie heute», sondern um die richtige Richtung. Klare Prioritäten zugunsten des Kernauftrags, spürbar weniger Ausbau, mehr Effizienz und mehr Akzeptanz. Eine SRG, die sich wieder auf das Wesentliche konzentriert, ist lang-

fristig stabiler, gerade für Graubünden, seine Minderheitensprachen und seinen Werkplatz.



Jan Koch

PRO

«Die Initiative gilt es abzulehnen»

Die Bereitstellung unabhängiger, faktenbasierter Informationen durch die SRG und der Schutz vor Desinformation sowie Fakenews sind zentral für eine funktionierende Demokratie. Entsprechend steht die SRG für Qualität und Vertrauen. Einmal pro Woche machen mindestens 83 Prozent der Bevölkerung ab 15 Jahren vom SRG-Angebot Gebrauch. Die SRG sendet in allen vier Landessprachen. Sie ist stark in den Regionen verankert und fördert so die Medienvielfalt. Auch RTR hat eine starke regionale Präsenz, so in Scuol, Samedan, Savognin, Ilanz wie auch im Bundeshaus. Die SRG bzw. RTR ist deshalb praktisch der einzige Anbieter für Radio-, Fernseh- und digitale Programme in rätoromanischer Sprache;

notabene in allen Idiomen! Bei Annahme der Initiative wird die SRG gewaltige Abstriche an diesem programmlichen Angebot in rätoromanischer Sprache vornehmen müssen. Auch darf nicht in Vergessenheit geraten, dass die SRG in Chur auch präsent ist mit einem Regionalstudio von SRF in deutscher Sprache und einem solchen der RSI in italienischer Sprache. Mit einem halbierten Budget wäre diese starke Präsenz in den Regionen nicht mehr möglich. Die Generaldirektorin Susanne Wille sagt es so: Eine regional verankerte Berichterstattung in allen Landessprachen – das Herz der SRG – könnten wir nicht mehr sicherstellen. Die Förderung des Zusammenhaltes in der Schweiz und die Verbindung von Regionen und Kulturen, nicht zuletzt sprachlich, würde entscheidend leiden. Die SRG macht gemäss der Konzession

auch die Vielfalt des Schweizer Sports sichtbar; also nicht nur die publikumswirksamen Sportarten wie Fussball, Eishockey oder Ski Alpin. Wer, wenn nicht die SRG, ist dank der Medienabgabe in der Lage, Angebote zu produzieren für Randsportarten? Oder eine weitere Frage: Wer, wenn nicht die SRG, ist in der Lage, Programme anzubieten, von welchen auch Sinnesbehinderte Gebrauch machen können? Eine halbierte SRG – dies ist nicht Schwarzmalerei – wäre nicht mehr in der Lage, all dies und zudem in gleich hoher Qualität und Vielfalt anzubieten. Setzen wir also diese

Programmvietel nicht mit einer Annahme der Initiative aufs Spiel!



Dr. iur. Vincent Augustin

... Jan Koch

Wie wird mit der Halbierung der Einnahmen garantiert, dass ein qualitativ hochwertiges Angebot der medialen Grundversorgung in allen Landessprachen sichergestellt werden kann?

Es wird nicht «das heutige Vollprogramm» garantiert, sondern der Kernauftrag. Der ist im Initiativtext ausdrücklich abgesichert: Der Gesamtertrag unterliegt weiterhin den bisherigen Regeln des Finanzausgleichs zwischen den Sprachregionen, um für die sprachlichen Minderheiten gleichwertige und hochwertige Programme zu verbreiten. Das zwingt die SRG, Prioritäten zu setzen: Information/Region/Minderheitensprachen zuerst, statt Ausweitung und Doppelspurigkeiten.

Wie wird sichergestellt, dass den privaten Sendern keine Gelder gestrichen werden, wie dies die Initiative fordert?

Auch das ist ausdrücklich geregelt: Der Anteil der privaten regionalen Radio- und Fernsehveranstalter an der Abgabe entspricht mindestens der vor Inkrafttreten in ihren Konzessionen definierten Summe. Damit ist der heutige Mindestbetrag geschützt und trägt so massiv zur Medienvielfalt bei.

Würden rätoromanische und italienischsprachige Programme nicht unverhältnismässig stark leiden?

Nein – gerade für den Kanton Graubünden ist der entscheidende Satz in den Übergangsbestimmungen: Der Finanzausgleich bleibt bestehen, damit Minderheiten gleichwertige und hochwertige Programme bekommen. Wer behauptet, RTR/RSI seien automatisch die ersten Opfer, ignoriert diese verfassungsrechtliche Leitplanke. Die SRG muss sparen. Der Text zwingt sie aber dazu, zuerst alles Nicht-Kernige zu überprüfen, nicht die Minderheitensprachen.

Nehmen Sie den Abbau von Arbeitsplätzen und die Schwächung der Bündner Medienlandschaft bewusst in Kauf?

5 Fragen an ...

... Dr. iur. Vincent Augustin

Wie rechtfertigen Sie die Doppelbesteuerung von Privatpersonen und Firmen?

Das vom Volk schon vor über zehn Jahren in einer Referendumsabstimmung angenommene Gesetz besagt, dass sowohl die Haushalte eine Abgabe bezahlen müssen als auch Unternehmungen. Um die KMU noch stärker zu entlasten, hat der Bundesrat entschieden, dass ab 2027 nur noch Unternehmen mit einem MWST-Umsatz von mehr als 1,2 Millionen Franken eine Medienabgabe bezahlen müssen. Mehr als 80 Prozent, in Graubünden sogar gegen 85 Prozent, bezahlen also keine Medienabgabe. Abgesehen davon liegt keine Doppelbesteuerung vor, weil die privaten Haushalte weder juristisch noch faktisch identisch sind mit den Unternehmungen. Letztere bezahlen auch Kapital- und Gewinnsteuern, und die Aktionäre und leitenden Führungspersonen bezahlen Ihrerseits Vermögens- und Einkommenssteuern auf Dividenden oder Löhnen.

Es geht um Einnahmen von rund 180 Millionen Einnahmen von juristischen Personen. Warum hat die SRG eine Streichung der SRG-Gebühr bei Unternehmen so vehement bekämpft?

Aus der Mitte des Parlamentes wurde verschiedentlich versucht, die Unternehmensabgabe aus dem Gesetz zu kippen. Diese Versuche scheiterten, weil das Anliegen keine Mehrheit fand. Es lag nicht am Verhalten der SRG. Aber der Bundesrat hat, wie schon gesagt, das Anliegen insoweit ein Stück weit aufgenommen, als noch mehr Unternehmungen von der Medienabgabe befreit werden.

Ist es gerechtfertigt, dass eine gebührenfinanzierte SRG im digitalen Markt mit privaten Medienhäusern konkurriert?

Die SRG hält sich an die Vorgaben der bundesrätlichen Konzession, die vorerst bis 2028 verlängert wurde. Wird die Halbierungsinitiative abgelehnt, wird der Bundesrat in der Folge eine neue Konzession erlassen. Welche Vorgaben dann gemacht werden,

Fortsetzung der Interviews auf der nächsten Seite.



Der Umbau läuft sowieso: Die SRG hat Ende November 2025 ihr Sparprogramm konkretisiert – bis 2029 sollen rund 270 Millionen Franken eingespart und voraussichtlich 900 Vollzeitstellen abgebaut werden. Die Initiative macht daraus eine klare Grundsatzentscheidung: weniger Zwangsfinanzierung, mehr Fokus auf Grundversorgung. Und: Die Privaten werden im Text abgesichert, was regionaler Vielfalt eher hilft als schadet.

Es geht hier um verhältnismässig tiefe Gebühren, welche weiter gesenkt werden sollen. Ab 2027 werden nur mehr noch 20 Prozent der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen betroffen sein. Schüttet man nicht das Kind mit dem Bade aus?

Der Bundesrat senkt zwar schrittweise auf 312 Franken ab 2027 und 300 Franken ab 2029 und erhöht die Schwelle für die Unternehmensabgabe auf 1,2 Millionen Umsatz. Damit sind ab 2027 rund 80 Prozent der Unternehmen befreit. Für das Gewerbe bleibt aber die Grundfrage: Warum sollen Unternehmen eine Medienabgabe zahlen – zusätzlich zum Haushalt? Die Initiative beendet diese Doppelbelastung: Juristische Personen, Personengesellschaften und Einzelunternehmen bezahlen keine Abgabe, und die Abgabe ist auf 200 Franken pro Haushalt begrenzt. Aus unternehmerischer Sicht kommt ein weiterer Punkt hinzu: Eine Abgabe, die sich am Umsatz bemisst, ist ordnungspolitisch immer falsch. Umsatz ist nicht Gewinn. In Branchen mit hohen Material- oder Wareneinsätzen, tiefen Margen oder starken Schwankungen führt eine umsatzbasierte Abgabe zu einer ungerechten Belastung. Solche Modelle bestrafen Wachstum und Investitionen und gehören deshalb grundsätzlich bekämpft.

bleibt abzuwarten. Gemäss RTVG wird die Konzession weiterhin von einem Service-Public-Auftrag für die gesamte Bevölkerung – also auch für die jüngeren Generationen – ausgehen müssen.

Wo sehen Sie Einsparpotenzial bei der SRG?

Der Bundesrat hat beschlossen, die Initiative mit einem eigenen, indirekten Gegenvorschlag zu bekämpfen, nämlich mit einer Anpassung der RTV-Verordnung mit damit einhergehender Reduktion der Haushaltsabgabe von aktuell 335 auf 300 Franken. Dieser Gegenvorschlag zwingt die SRG, rund 270 Millionen. Franken zu sparen. Entsprechend hat Generaldirektorin Susanne Wille zusammen mit dem Verwaltungsrat das Projekt Enavant konkretisiert. Die Öffentlichkeit wurde kürzlich darüber informiert, dass dieses Projekt eine Reduktion von 900 Arbeitsplätzen zur Folge haben wird.

Im Bereich Unterhaltung gibt es von privaten Anbietern ein riesiges Angebot. Kann sich die SRG nicht stärker auf Information, Bildung und Kultur beschränken?

Die SRG erfüllt die konzessionsrechtlichen Vorgaben. Sie ist nicht frei, autonom zu entscheiden, welche Angebote sie produziert und sendet bzw. welche nicht. Die SRG steht unbestrittenemassen in verschiedenen Bereichen in Konkurrenz zu privaten Angeboten. Nur muss eines nicht vergessen werden: Mit einer Medienabgabe pro Haushalt von 300 Franken bietet sie ein breites, viersprachiges Angebot, welches die Privaten nicht leisten (können). Alle Angebote der SRG sind dank der Medienabgabe frei zugänglich. Wenn Gebühren für Spotify oder Tiktak ausgegeben werden (müssten), stärkt man den Medienplatz Schweiz überhaupt nicht.

INFO

Um was geht es bei der Volksinitiative «200 Franken sind genug! (SRG-Initiative)»?

Mit der Initiative soll die Medienabgabe (Serafe-Gebühr) für Haushalte von heute 335 Franken pro Haushalt und Jahr auf 200 Franken gesenkt werden. Die umsatzbasierte Radio- und Fernsehgebühr für Unternehmen soll vollständig abgeschafft werden. Zudem sieht der Initiativtext vor, dass der Gesamtbetrag der Gebühreneinnahmen künftig nicht mitwächst, falls die Zahl der Haushalte zunimmt. Stattdessen sollen die Gebühren entsprechend gesenkt werden. Unverändert bleiben sollen die relativen Anteile der Sprachregionen an den Medieneinnahmen. Die Initiative hält ausserdem fest, dass die Gebührensenkung nicht zulasten privater Medienunternehmen erfolgen darf. Diese sollen weiterhin gleich hohe Beiträge erhalten wie bisher. Aufgrund der Mindereinnahmen wird die SRG ihr heutiges Angebot nicht mehr im gleichen Umfang weiterführen können. Gemäss Initiative soll sie künftig ausschliesslich Radio- und Fernsehprogramme anbieten, die einen «uner-

lässlichen Dienst für die Allgemeinheit» erbringen.

Die Medienabgabe lag bis 2019 bei 451 Franken pro Jahr, wurde anschliessend auf 365 Franken gesenkt und beträgt heute 335 Franken. Der Bundesrat hat bereits beschlossen, die Abgabe in zwei weiteren Schritten auf 300 Franken zu reduzieren: ab 2027 auf 312 Franken und ab 2029 auf 300 Franken pro Jahr. Derzeit sind mehrwertsteuerpflichtige Unternehmen mit einem Jahresumsatz ab 500 000 Franken verpflichtet, eine umsatzbasierte Unternehmensabgabe für Radio und Fernsehen zu entrichten. Diese ist in mehrere Tarifstufen gegliedert und reicht von 160 bis 49 925 Franken pro Jahr. Gemäss Bundesratsentscheid wird die Umsatzlimite für die Abgabepflicht ab 2027 auf 1,2 Millionen Franken erhöht. Dadurch werden rund 80 Prozent der mehrwertsteuerpflichtigen Unternehmen von der Abgabe befreit; rund 80 000 Unternehmen bleiben weiterhin abgabepflichtig.

Das Jahresbudget der SRG beträgt rund 1,56 Milliarden Franken, wovon knapp 1,3 Milliarden Franken aus Gebührengeldern stammen. Private konzessionierte Medienunternehmen erhalten jährlich rund 80 Millionen Franken, was etwa fünf Prozent entspricht. Mit den vom Bundesrat beschlossenen Senkungen würde die SRG ab 2029 noch rund 930 Millionen Franken aus der Medienabgabe erhalten. Bei Annahme der Initiative lägen diese Einnahmen bei rund 650 Millionen Franken. Die Unternehmensabgabe trägt heute rund 180 Millionen Franken zu den gesamten Gebührenerträgen bei.



Gesetz über die Höhere Berufsbildung gelungen

An der kommenden Aprilsession des Grossen Rats ist neben der Einführung eines neuen Gesetzes über die Höhere Berufsbildung auch die Revision der Verkehrssteuer traktandiert. Der BGV unterstützt beide Vorlagen. Zahlreiche im Rahmen der Vernehmlassung geäusserte Forderungen der Dachorganisationen Wirtschaft Graubünden (DWGR) wurden aufgenommen. Bei der Revision der Verkehrssteuer sehen die DWGR jedoch weiterhin Anpassungsbedarf.

Bl. Der BGV unterstützt zusammen mit den anderen Dachorganisationen der Wirtschaft ausdrücklich die Einführung eines Gesetzes über die Höhere Berufsbildung (GHB). Dadurch kann die Höhere Berufsbildung gestärkt und langfristig im Kanton gesichert werden. Gleichzeitig wird ihre grosse wirtschaftliche Bedeutung angemessen zum Ausdruck gebracht. Der BGV hat die Stärkung der Höheren Berufsbildung als Schwerpunkt in seine Strategie «Berufsbildung Graubünden 2035» aufgenommen und zeigt sich entsprechend zufrieden. Der Kanton Graubünden wäre der erste Kanton mit einer entsprechenden Gesetzgebung. Mit dem neuen Gesetz zeigt die Bündner Regierung Weitsicht. Es ist ein wichtiger Meilenstein zur Stärkung der Berufsbildung in Graubünden.

Erhöhung der Finanzmittel

Die Höhere Berufsbildung geniesst in allen Branchen und Unternehmen in Graubünden ein hohes Ansehen und wird angesichts des Fachkräftemangels weiter an Bedeutung gewinnen. Mit dem neuen Gesetz soll sichergestellt werden, dass möglichst viele Angebote der Höheren Berufsbildung im Kanton angeboten werden können. Neben der bisherigen Defizitfinanzierung wird neu eine Pauschalfinanzierung eingeführt, welche den unterschiedlichen Herausforderungen der Bildungseinrichtungen besser Rechnung trägt. Dadurch werden die notwendige Flexibilität gewahrt und die Innovationskraft der Institutionen gestärkt. Insbesondere gilt dies für die grösste Institution, die ibW Höhere Fachschule Südostschweiz. Die Forderung der DWGR nach einer deutlichen Mittelaufstockung im Finanzplan wurde

grösstenteils erfüllt. Neu sollen jährlich rund vier Millionen Franken mehr in die Höhere Berufsbildung investiert werden. Diese Erhöhung entspricht dem Auftrag Heini zur Stärkung der Berufsbildung. Der BGV ist überzeugt, dass diese zusätzlichen Mittel einen wichtigen Beitrag zur Entschärfung des Fachkräftemangels leisten.

Stärkung der Zusammenarbeit

Die Verbundpartnerschaft zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft ist eine zentrale Säule der Berufsbildung. Mit dem GHB stärkt der Kanton diese Zusammenarbeit und legt fest, dass die Institutionen der Höheren Berufsbildung mit der Wirtschaft zu kooperieren haben. Entsprechend sind die Angebote konsequent an den Bedürfnissen des Arbeitsmarkts auszurichten. Für einen starken Bildungsstandort Graubünden ist zudem die Zusammenarbeit der Institutionen der Höheren Berufsbildung mit Hochschulen und Forschungsstätten von grosser Bedeutung. Auch diese Partnerschaft wird mit dem neuen Gesetz gestärkt und Kooperationsvorhaben können gefördert werden. Neu legt die Regierung zudem eine kantonale Strategie der Höheren Berufsbildung fest. Der Wissens- und Technologietransfer ist ein zentraler Treiber für Innovationen in der Wirtschaft, weshalb der BGV begrüsst, dass entsprechende Vorhaben künftig auch in der Höheren Berufsbildung gefördert werden können – auch dies ein schweizweites Novum.

Verkehrssteuer

Die DWGR begrüssen, dass die künftige Strassenverkehrssteuer technologieneutral ausgestaltet und – solange notwendig – mit einem ökologischen Lenkungseffekt versehen werden soll. Für die DWGR sind die Ertragsstabilität und -neutralität der künftigen Strassenverkehrssteuer zentral. Auch mit der nunmehr vorliegenden Botschaft der Regierung ist weiterhin nicht klar, ob die Totalrevision nicht zu höheren Steuereinnahmen führt. Dies bedarf einer Klärung und allfälliger Anpassungen im Rahmen der parlamentarischen Beratung. Einige durch die DWGR im Rahmen der Vernehmlassung eingebrachte Forderungen wurden in die Vorlage aufgenommen, namentlich der Verzicht auf eine Anpassung



Die ibW Höhere Fachschule Südostschweiz nimmt für die Bündner Wirtschaft eine zentrale Rolle ein.

an die Teuerung sowie die Überarbeitung des Bonussystems für ökologische Antriebssysteme. Nicht berücksichtigt wurden hingegen die Forderung nach einer Unterscheidung zwischen Personenwagen und Nutzfahrzeugen, die Aufhebung der Steuerbefreiung und Steuerermässigung für kantonale und kommunale Fahrzeuge. Ausserdem stehen die DWGR der nunmehr in der Botschaft neu vorgeschlagenen Steuerbefreiung für den öV ebenfalls kritisch gegenüber. Die DWGR vertreten die Haltung, dass auch kantonale und kommunale Fahrzeuge sowie der strassengebundene öffentliche Verkehr die Strassen benutzen und diese entsprechend belasten. Daher haben auch diese Fahrzeuge einen angemessenen Beitrag an die Strassenfinanzierung zu leisten. Ebenso ist die Regierung in der Botschaft nur am Rande auf die Forderung eingegangen, im Rahmen der Vorlage eine Auslegeordnung zur Finanzierungsstruktur der Spezialfinanzierung Strassen vorzunehmen. Aufgrund der grossen Bedeutung der Strasseninfrastruktur für den Kanton Graubünden fordern die DWGR weiterhin, eine umfassende Auslegeordnung über die heute und künftig benötigten Mittel in der Spezialfinanzierung Strassen zu erstellen sowie die bestehende und zukünftige Finanzierungsstruktur dieser Spezialfinanzierung darzustellen.





Regionale Lösungen für ein nachhaltiges Zuhause.

Wir beraten Sie gerne.

gbrunner.ch



ZENTRALWÄSCHEREI Chur

Damit Sie sich um Ihre wesentlichen Kernaufgaben kümmern können, bieten wir Ihnen massgeschneiderte Wäschevollversorgung für Gastronomie, Gewerbe und Industrie.

DER PROFI FÜR IHRE BERUFSWÄSCHE



Pulvermühlestrasse 84 | 7000 Chur | Fon 081 286 03 03 | info@zwc.ch | www.zwc.ch

Gute Ideen verdienen Rückenwind.

Wir bürgen für Sie.

BGOST
CFSUD

BG OST-SÜD Bürgschaftsgenossenschaft für KMU
071 242 00 60 – bgost.ch

Am 8. März

NEIN

klimafonds-nein.ch

ZUM KLIMA-SCHULDENFONDS

«Engagement ist kein Luxus, Engagement ist Verantwortung»



Viktor Scharegg

Auch wenn selten darüber gesprochen wird, ist gesellschaftliches und freiwilliges Engagement für viele Bündner KMU selbstverständlich. BGV-Präsident Viktor Scharegg erklärt, weshalb es ein zentraler Pfeiler unternehmerischer Verantwortung ist, welchen Nutzen Unternehmen davon haben und warum der BGV dem Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern bewusst mehr Sichtbarkeit gibt.

rw. Gesellschaftliches und freiwilliges Engagement gehören für Viktor Scharegg bei kleinen und mittleren Unternehmen untrennbar zum Unternehmertum. «KMU sind keine anonymen Konzerne. Sie sind fest in ihren Dörfern und Regionen verankert.» Mitarbeitende leben vor Ort, engagieren sich in Vereinen, in der Feuerwehr, im Sport oder in der Kultur. Funktioniert dieses gesellschaftliche Gefüge, profitieren auch die Betriebe. Engagement ist für den BGV-Präsidenten deshalb keine Zusatzaufgabe, sondern eine Investition in Zusammenhalt, Vertrauen und Lebensqualität. Er bezeichnet dies als Grundlage für eine funktionierende Wirtschaft.

Unternehmen können dieses Engagement aktiv fördern, ohne aufwendige Programme aufzusetzen. Entscheidend sei vor allem die Haltung. Freiwilliger Einsatz dürfe nicht als Störfaktor wahrgenommen werden, sondern als Bereicherung. Zeitliche Flexibilität, Verständnis für Abwesenheiten und

ehrlische Wertschätzung wirkten oft stärker als formelle Regelungen. Wichtig sei dabei auch die Vorbildfunktion der Unternehmensleitung. Wenn Führungskräfte selbst engagiert sind, entstehe eine Kultur, in der Mitmachen selbstverständlich werde.

Profitieren und zurückgeben

Der Nutzen für die Unternehmen ist konkret. Engagierte Mitarbeitende seien motivierter, identifizierten sich stärker mit ihrem Arbeitgeber und brächten wertvolle Kompetenzen mit. Wer im Ehrenamt Verantwortung übernimmt, lernt zu organisieren, zu führen, zu kommunizieren und im Team Lösungen zu finden. Gleichzeitig stärkt freiwilliges Engagement die regionale Vernetzung und das Vertrauen in den Betrieb. Unternehmen werden als verantwortungsbewusst wahrgenommen, was sich positiv auf Image und Arbeitgeberattraktivität auswirkt.

Scharegg weiss aus eigener Erfahrung, wovon er spricht. Als Unternehmer eines KMU mit rund 40 Mitarbeitenden engagierte er sich über Jahre in Vereinen, Verbänden, politischen Gremien und in der Feuerwehr. «Wer von einer Region profitiert, soll auch etwas zurückgeben», sagt er. Dieses Engagement sei für ihn keine Belastung gewesen, sondern eine persönliche Bereicherung, die neue Perspektiven eröffnet habe. Diese Haltung habe er auch im eigenen Betrieb vorgelebt.

Wunsch nach Verständnis

Auch die Wahrnehmung als Arbeitgeber habe davon profitiert. Gerade in ländlichen Regionen spreche sich Engagement herum. Ein Betrieb, der Teil der Gemeinschaft ist und Verantwortung übernimmt, genießt Vertrauen. Das helfe bei der Rekrutierung, der Bindung von Mitarbeitenden und in der Ausbildung von Lernenden. Glaubwürdigkeit entstehe durch gelebtes Verhalten. Trotzdem stehen KMU heute vor Herausforderungen. Steigender Zeitdruck, Arbeitskräftemangel und zunehmende Regulierungsdichte schränken die Spielräume ein. Viele Betriebe seien personell knapp gestellt. Der Wille zum Engagement sei vorhanden, die Rahmenbedingungen machten es jedoch schwieriger. Hier wünscht sich Scharegg mehr Verständnis von Politik und Gesellschaft für die Realität der KMU.

Aus diesem Grund hat der BGV das Thema bewusst aufgenommen. Der Verband will zeigen, dass Unternehmen weit mehr leisten als wirtschaftlichen Erfolg. Ausbildung, Vereinsarbeit, freiwilliges Engagement und regionale Verantwortung prägen den gesellschaftlichen Zusammenhalt und verdienen Sichtbarkeit. Mit KMU-Impuls-Anlässen, Beiträgen im «Bündner Gewerbe» und dem Benevol-Preis «Corporate Volunteering» würdigt der BGV dieses Engagement und ermutigt andere, es ihnen gleichzutun.

Seine Botschaft an Unternehmerinnen und Unternehmer ist klar. «Freiwilliges Engagement ist keine Zusatzbelastung, sondern eine Chance.» Entscheidend sei nicht die Grösse des Einsatzes, sondern die Haltung. Ohne Milizarbeit, so Scharegg, gäbe es keinen starken Gewerbeverband. Praxisnähe und die Stimme der Betriebe aus dem Alltag tragen den BGV und zeigen die Stärke des freiwilligen Engagements.

Interview mit dem BGV-Präsident zum Thema «Engagement»



«Corporate Volunteering» für Unternehmen

Benevol Graubünden setzt sich für freiwilliges Engagement ein. Die Stiftung vergibt jährlich den «Prix benevol» für Freiwilligenarbeit. Neu wird ein Preis «Corporate Volunteering» für Unternehmen verliehen. Damit werden Unternehmen ausgezeichnet, welche sich für das freiwillige Engagement ihrer Mitarbeitenden einsetzen, unter anderem über gemeinsame Freiwilligeneinsätze, zur Verfügungstellung von zeitlichen Ressourcen oder der Sensibilisierung zum Thema. Der BGV ist Kooperationspartner dieser Preiskategorie und stiftet den Preis.

Zur Anmeldung



Ehrenamtliches Engagement beim BGV

In den Gremien des BGV sowie in den Vorständen seiner 63 Sektionen sind über 300 Unternehmer/innen ehrenamtlich engagiert. Das Verbandswesen in der Schweiz beruht wie andere gesellschaftliche Bereiche auf einer starken Milizarbeit. Der BGV hat in seiner Strategie 2025–2028 festgehalten, die BGV-Sektionen in ihrer Arbeit zu unterstützen, darunter gehören die Ausbildung und Unterstützung der Vorstandsmitglieder in ihrer freiwilligen Arbeit.



Bündner Berufsausstellung Fiutscher mit erneutem Besucherrekord

Während fünf Tagen konnten an der Bündner Berufsausstellung Fiutscher über 17 000 Eintritte verzeichnet werden, darunter fast 4000 Schüler/innen an den ersten drei Tagen. Der Bündner Gewerbeverband als Veranstalter kann eine in allen Belangen positive Bilanz der achten Austragung ziehen.

rw. Neben Schulklassen und Familien besuchten vom 12. bis 16. November vermehrt Erwachsene Fiutscher als Erlebnismesse. Fast an jedem Stand konnten die Besucher/innen selbst Hand anlegen. Gemäss OK-Präsident Rico Cioccarelli bot die Messe Jung und Alt ein eindrucksvolles Erlebnis. Er betont, dass die Aussteller hervorragende Arbeit geleistet haben und die Qualität der Stände weiter gestiegen ist. «Ich bin sehr zufrieden. Der Erfolg der Berufsausstellung beruht auf dem grossen Engagement der Aussteller sowie unserer Partnern und Sponsoren.»

Engagement für die Berufsbildung

An der grössten Berufsausstellung der Südostschweiz präsentierten auf einer Fläche von über 6000 m² insgesamt 89 Aussteller 184 Berufe der Grundbildung und 312 Weiterbildungen. Die Anzahl der Eintritte konnte gegenüber der Austragung 2023 auf über 17 000 gesteigert werden. Insbesondere ist der BGV erfreut, dass bei den Schulklassen ein neuer Rekord verzeichnet werden konnte. Die Messe ist gemäss BGV-Direktor Maurus Blumenthal für die Berufswahl der Jugendlichen im gesamten Kanton von grosser Bedeutung, da sie die berufliche Vielfalt praxisnah vermittelt. Gemäss Maurus Blumenthal wird der eingeschlagene Weg darum fortgesetzt. Die nächste Bündner Berufsausstellung Fiutscher findet vom 11. bis 15. November 2026 in der neuen Areon Eventhalle in Chur statt.

Impressionen von Fiutscher

Fotos, Videos und die Fiutscher-Live-Sendungen sind auf www.fiutscher.ch zu finden.



6000 m² Ausstellungsfläche

89 Aussteller

184 Berufe





17 280 Besucher/innen

43 Stunden geöffnet

3800 Schüler/innen

312 Weiterbildungen





Fachhochschule Graubünden
University of Applied Sciences



Jetzt QR-Code
scannen und
mehr erfahren!

**Treibe deine Karriere
voran – mit einer Weiterbildung
an der FH Graubünden!**

Finde das passende Angebot für deine Karriere:

Executive MBA (EMBA)

- Digital Technology and Operations
- Digital Transformation
- Disruptive Business Development
- General Management

Master of Advanced Studies (MAS)

- Business Administration
- eHealth
- Energiewirtschaft

Diploma of Advanced Studies (DAS)

- Business Administration

**Erlebe unsere Weiterbildungsangebote
an verschiedenen Standorten**

Chur: DAS/MAS Business Administration,
EMBA General Management

Rapperswil/Pfäffikon SZ: MAS Business

Administration, EMBA General Management

Zürich: Gesamtes Weiterbildungsangebot



fhgr.ch/management

Bilden und forschen. **graubünden**

COMMUNICAZIUN.CH
DIE MANUFATUR

**Die komplette
Klaviatur der
Kommunikation**

**Mehr Möglichkeiten,
mehr Erfolge.
Für alle, die alles wollen.**



communicaziun.ch ilanz · chur · glarus

ALSOFT
INFORMATIK AG

► Hardware ► Software ► Netzwerke ► Security ► Support
► Cloud ► Virtualisierung ► VoIP



ALSOFT Informatik AG

Ein zuverlässiger und lokaler IT-Partner

ALSOFT Informatik AG 7417 Paspels
Tel. 081 650 10 10 info@alsoft.ch www.alsoft.ch



Wenn Vertrauen zählt.

**Unsere Mitglieder
stehen für Qualität.**

TREUHAND | SUISSE

www.treuhanduisse-gr.ch
Schweizerischer Treuhänderverband
Sektion Graubünden

Gesellschaftliches und soziales Engagement

Nach dem Auftakt im November 2025 wird die Anlass-Reihe «KMU-Impuls regio» in Zusammenarbeit mit den Regionen und HGVs fortgesetzt. In diesem Jahr steht das Thema «Als Unternehmer/in in der Region engagiert» bei Veranstaltungen in Ilanz, Scuol, St. Moritz und Davos im Zentrum.

rw. Die regionale Wirtschaft steht im Spannungsfeld zwischen wirtschaftlichen Herausforderungen und gesellschaftlicher



Luzi Thomann referiert in Chur am ersten «KMU-Impuls regio»-Anlass.

Verantwortung. Dabei dient gesellschaftliches und soziales Engagement einem Unternehmen direkt und indirekt. An unseren «KMU-Impuls regio»-Anlässen zeigen wir zusammen mit den Handels- und Gewerbevereinen konkrete Beispiele von unternehmerischem Engagement aus den Regionen. Die Anlässe sind offen zugänglich und im Anschluss sind alle Teilnehmer/innen zum Netzwerkapéro eingeladen.

- **Dienstag, 31. März**, Haus der Begegnung in Ilanz (19 Uhr)
- **Mittwoch, 1. April**, Hotel «Belvedere» in Scuol (19 Uhr)
- **Dienstag, 14. April**, Hotel «Reine Victoria» in St. Moritz (19 Uhr)
- **Mittwoch, 22. April**, Schweizerische Alpine Mittelschule in Davos (19 Uhr)

Thomann und regionale Referenten

Luzi Thomann ist ein Paradebeispiel eines engagierten Unternehmers. Er wird an den «KMU-Impuls regio»-Anlässen das Haupt-

referat halten und erzählen, wie er innerhalb und ausserhalb des Betriebs das soziale und gesellschaftliche Engagement vorangetrieben hat. Dabei wird er auf seine Motivation und das Vorgehen eingehen. Zentral für Thomann ist der Grundsatz «Tue Gutes und sprich darüber».

«KMU-Impuls regio»

KMU-Impuls ist ein gemeinsames Angebot des Bündner Gewerbeverbands und der Höheren Wirtschaftsschule Graubünden. Bei «KMU-Impuls regio» sind die regionalen HGVs sowie die Regionen als Projektpartner involviert. Die GKB engagiert sich als Presenting Partner der Anlässe. Zum genauen Programm und Anmeldung der Veranstaltungen.



Veranstaltungsreihe mit Netzwerkapéro

Als Unternehmer/-in in der Region engagiert

Ilanz: Dienstag, 31. März 2026, 19.00 Uhr,
Haus der Begegnung

Scuol: Mittwoch, 1. April 2026, 19.00 Uhr,
Hotel Belvedere (Chasa Nova) Scuol

St. Moritz: Dienstag, 14. April 2026, 19.00 Uhr,
Hotel Reine Victoria

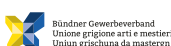
Davos: Mittwoch, 22. April 2026, 19.00 Uhr,
Schweizerische Alpine Mittelschule Davos



Information und Anmeldung:
www.kmu-impuls.ch



Eine Veranstaltung von



Presenting Partner



Graubündner
Kantonalbank



Engagement ist verbreitet und wird in Graubünden gelebt

rw. Gesellschaftliches und soziales Engagement ist für Unternehmer/innen eine Chance, sich als attraktive Arbeitgeber zu positionieren, die eigene Reputation zu stärken und zugleich die Entwicklung der Region als Wohn- und Arbeitsort mitzugestalten. Ge-

rade in Zeiten von Fachkräftemangel, weltweiten Unsicherheiten und zunehmendem Standortwettbewerb gewinnen die Zusammenarbeit und das gemeinsame Engagement an Bedeutung. Wir haben bei sechs Unternehmer/innen nachgefragt, warum sie

sich engagieren. Einigkeit herrscht dabei bei allen: Soziales Engagement ist kein «Nice-to-have», sondern ein wichtiger Bestandteil unternehmerischer Verantwortung und eine Investition in die Zukunft von Betrieb, Gesellschaft und Region.

«Engagement bedeutet Einsatz mit viel Herz im Kopf»

«Aufgaben aktiv und mit Freude anzugehen und dabei immer den Anspruch zu haben, das Beste für unsere Kunden und uns zu erreichen. Mit dem Wissen, dass wir uns täglich in Spannungsfeldern bewegen, versuchen wir in der Geschäftsleitung, Verantwortung zu übernehmen, langfristig und sozial zu denken und Entscheidungen nicht nur nach kurzfristigen wirtschaftlichen Kriterien zu treffen. Für unsere Unternehmung ist Nachhaltigkeit ein zentraler Teil des Leitbilds. Engagement zeigt sich bei uns in der Förderung der Mitarbeitenden, in der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern, in der gezielten Unterstützung regionaler Vereine und im bewussten Umgang mit Ressourcen. Wertgeschätzte und geförderte Mitarbeitende bringen sich ein und geben ihre positive Haltung an Kundinnen und Kunden weiter. Das stärkt Motivation und Innovationskraft, macht uns als Arbeitgeber attraktiv und als Unternehmen erfolgreicher. Gerade in Zeiten von Fachkräftemangel ist dieses Engagement entscheidend. Darüber zu sprechen lohnt sich. Für uns und für die Region. Diese wird durch ein

grosses Angebot an attraktiven Arbeitgebern gestärkt, und für uns als Unternehmung sind ein guter Ruf und ein hohes Ansehen ein Erfolgsfaktor.»



**Inana Handschin, Vorsitzende Geschäftsleitung,
Josias Gasser Baumaterialien AG, Chur**

«Für eine lebenswerte und wirtschaftlich starke Zukunft»

«Für mich bedeutet Engagement, über das eigene Unternehmen hinaus Verantwortung zu übernehmen. Es macht Freude, sich aktiv einzubringen, Impulse zu setzen und mitwirken zu können, wo Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung gefragt sind. Unternehmertum endet für mich nicht an der eigenen Drogerietür, es ist immer Teil eines wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ganzen. Engagement in Verbänden, Arbeitsgruppen heisst für mich, Verantwortung für die Menschen und für die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort zu übernehmen. Das zeigt sich in der bewussten Zusammenarbeit mit regionalen Partnern, in der Förderung und Wertschätzung meiner Mitarbeitenden sowie im Austausch mit Unternehmerinnen und Unternehmern. Wieso setze ich mich ein und investiere Zeit und Energie in Projekte ausserhalb meines Unternehmens? Es ist nicht sofort sichtbar oder messbar, doch jedes Engagement setzt Impulse, aus denen Neues entstehen kann – Ideen, Kooperationen oder gesellschaftliche Verbesserungen. Zeit ist ein wertvolles Gut, umso wichtiger ist es, Verantwortung auf mehrere Schultern zu verteilen. Engagement ist für mich kein Zusatz, sondern eine Investition in eine lebenswerte und wirtschaftlich starke Zukunft unserer Region.»



**Fabienne Dick, Geschäftsführerin,
Swidro Drogaria Alpina, Ilanz**

«Wer nichts beiträgt, ist Teil des Problems»

«Engagement bedeutet für mich innere Zufriedenheit und eine grosse persönliche Bereicherung. Aktiv leben ist meine Lebensqualität. Wir durften im Sog von engagierten Vorstreitern heranwachsen und dürfen nun unserer folgenden Generation wohlgesinnte Rahmenbedingungen erstreiten. Als KMU ist es besonders bereichernd, mit Menschen Freude und Herausforderungen zu erleben. Die erlebte Wertschätzung auf Augenhöhe von Mitarbeitern motiviert täglich aufs Neue. Ich denke nicht, dass Engagement ein Kalkül ist, sondern die Gewissheit, zu Hause Spiegel hängen lassen zu dürfen und im Dorf die Strassenseite nicht wechseln zu müssen. Bekanntlich ist es leichter, Probleme zu lösen als mit ihnen zu leben. Als Gemeinderat in einem Fünferkollegium mit drei Landwirtschaftsvertretern war es immens wichtig, bei der Gesamtrevision Ortsplanung jeden Quadratmeter möglichst der Gewerbezone, ZöBa oder dem Tourismus zukommen zu lassen. Auch hier ist es eine persönliche Genugtuung und ehrenhafte Verantwortung, die Anliegen aller Gewerbetreibenden im Tal zu vertreten. Da es glücklicherweise im Naturell des Walsers liegt, zwischen Sachpolitik und Persönlichem zu differenzieren, macht es dieses Engagement gewiss leichter. Repressionen habe ich in all den Jahren kaum erlebt.»



**Orlando Strub,
Inhaber
Spezialitäten-
Metzger, Splügen**

«Engagement bedeutet Verbundenheit mit der Gemeinde und der Region»

«Der Gedanke, dass ich dies als Unternehmer mache, ist für mich zweitrangig. Als Unternehmer liegt es einem im Blut, etwas zu unternehmen und etwas zu bewegen. Es liegt in der Natur der Sache, dass du als Unternehmer deine Ansichten so einbringst, dass es deinem Unternehmen etwas bringt. Das soll und darf jedoch nie im Vordergrund stehen. Die Motivation, solche Aufgaben zu übernehmen, soll immer zum Wohl aller und der Gemeinde/Region dienen. So kommt es automatisch auch wieder zurück auf dein Unternehmen, denn wenn es der Gemeinde und deiner Region gut geht, dann profitierst du definitiv auch mit deiner Unternehmung. Für mich ist es wichtig, offen darüber zu spre-

chen, warum ich solche Aufgaben übernehme. Es soll zum Ausdruck kommen, dass solche Aufgaben sehr interessant sind und einem viel Freude bereiten. Es darf aber auch gesagt werden, dass es nicht immer Spass macht, dass solche Aufgaben auch negative Aspekte haben. Offene und ehrliche Kommunikation erhöht die Glaubwürdigkeit deines Wirkens für die Allgemeinheit. Es gibt leider immer noch zu viele Leute, die immer nur sagen, man tue dies wegen der Unternehmen und dem Profit. Dass dies vor allem in kleinen Gemeinden und Regionen nicht so ist, kann ich nur bestätigen. Den oben genannten Vorwurf hört man leider immer wieder. Gerade mit jungen Leuten ist es wichtig,

dass offen und ehrlich kommuniziert wird und dass die positiven Aspekte überwiegen, denn diese Personen sind die, die in Zukunft auch solche Engagements übernehmen sollen. Mein Fazit ist klar: Ein Engagement für die Öffentlichkeit bedeutet für mich vor allem Verbundenheit mit dem Kanton, mit der Gemeinde und mit der Region. Es ist wichtig und in erster Linie ein Dienst zu Gunsten der Bevölkerung und der Allgemeinheit.»



Reto Weisstanner,
Inhaber Weiss-
tanner AG Elektro-
installationen,
Celerina

«Wir Unternehmer sind stark gefordert»

«Als Inhaber/in engagiert man sich ja grundsätzlich schon mit Herz und Seele für das Unternehmen und seine Mitarbeitenden. Man setzt sich für das Weiterkommen ein. Um möglichst gute Rahmenbedingungen schaffen zu können, lohnt es sich als Unternehmer, in der Region auch über den eigenen Tellerrand zu schauen und andere Ansichten zu erhalten. Das aktive Engagement beim Mitgestalten der diversen Rahmenbedingungen auf kantonaler oder gar nationaler Ebene hilft, einen Einblick in diverse Berufsgattungen zu bekommen und zu erfahren, mit welchen Problemen und Schwierigkeiten an-

dere Betriebe kämpfen. Ebenso erachte ich es als wichtig, dass wir Unternehmer uns für den Fortbestand der Berufsgattungen einsetzen und möglichst optimale Ausbildungsplätze anbieten. Die Erweiterung des eigenen Netzwerks sowie der Austausch von Ideen und unternehmerischen Ansichten stärkt mich und bringt mir eine wichtige, persönliche Horizont-erweiterung. Durch die Zusammenarbeit mit anderen Betrieben gewinne ich oft Lösungsansätze, welche ich in mein Unternehmen einbringen kann. Die Mitarbeit in einem gewerblichen Verein hilft auch wesentlich mit, den Bekanntheitsgrad des

Betriebs zu stärken und ist oft auch ein Türöffner für Aufträge. Ein regelmässiger Austausch unter Fachleuten bietet die Möglichkeit, wichtige Erkenntnisse und Erfahrungen weiterzutragen und auch selbst zu erhalten. In der heutigen Zeit sind wir Unternehmer täglich stark gefordert, alle Neuerungen, Anforderungen und Herausforderungen zu meistern.»



Norbert Schaniel,
Inhaber Schaniel
Gartenbau
Floristik AG,
Malans

«Es braucht das Engagement von Unternehmerinnen und Unternehmern»

«Ein Unternehmen in der Bergregion zu führen, verlangt von den Verantwortlichen einiges mehr an Zeitaufwand, verglichen mit den Arbeitnehmenden. Bei der Übernahme der Schreinerei vor gut drei Jahrzehnten war mir das wohl bewusst. Und doch war es mir wichtig, neben dem Wunsch, einen Betrieb erfolgreich zu führen, mich auch für die zukünftige Entwicklung der Gemeinde und der Region zu engagieren. Für die kommunale und regionale Wirtschaft ist es wichtig, dass die Rahmenbedingungen für die Unternehmen aller Branchen gut ausgerichtet sind.

Die Gemeinde- und Regionalpolitik stellt die Weichen dazu. Um das mitzugestalten, war ich bereits in jungen Jahren im Gemeindeparlament tätig und präsidierte den UCP in Disentis.

Das Gewerbe ist ein wichtiges Element für das Wohlergehen einer Gemeinde. Attraktive Arbeits- und Lehrplätze sowie optimale Rahmenbedingungen für das Gewerbe sind zentrale Elemente und Voraussetzungen für Wohn- und Arbeitsplätze. So wurde zum Beispiel eine neue Gewerbezone in Disentis eingezont, wo sich neue und bestehende Unternehmen

in der Gemeinde ansiedeln und sich weiterentwickeln. Es ist zentral, in Berggemeinden alles zu unternehmen, um die Wettbewerbsfähigkeit mit interessanten Wohn- und Arbeitsbedingungen zu haben. Dazu braucht es Engagement und das Mitwirken als Unternehmer/in in den verschiedenen Institutionen auf Gemeinde- und regionaler Ebene.»



Victor Flepp,
Inhaber Scrinaria
Flepp SA, Disentis





Bündner Gewerbeverband
Unione grigione arti e mestieri
Uniun grischuna da mastergn

Fachtagung Berufsbildung 2026 *Digitale Transformation und technologischer Wandel in der Berufsbildung*

Mittwoch, 6. Mai 2026
13.30 Uhr, GKB-Auditorium Chur

Referate
Praxisbeispiele
Gespräche
Vernetzungsapéro

Informationen
und Anmeldung



Starte bei uns deine Ausbildung als

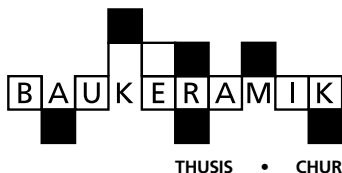
Maurer/in EFZ Strassenbauer/in EFZ

Bewirb dich jetzt:

erni@erni-bau.ch
www.erni-bau.ch



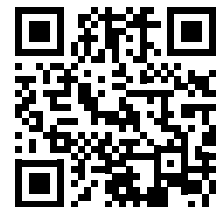
CIOCCARELLI



THUSIS • CHUR

Plattenbeläge
Mosaikbeläge
Natursteinbeläge
Kunststeinbeläge
Fassadenbau
Ausstellung

T 081 651 11 53
www.cioccarelli.ch



Immobilien
Vermittlung & Bewertung

Tel. +41 81 552 95 66
info@immouniq.ch
immouniq.ch

Kostenlose und unverbindliche
Marktwertschätzung

SRG-Rechnung
für Private

SRG-Rechnung
für KMU

kmu-entlasten.ch

Doppelt zahlen?! Schluss damit!

1x zahlen
ist genug!

JA zur
SRG-INITIATIVE
Am 8. März 2026

5. Fachtagung Berufsbildung



Am Mittwoch, 6. Mai, findet die diesjährige Fachtagung Berufsbildung zum Thema «Digitale Transformation und technologischer Wandel in der Berufsbildung» statt. Der technologische Wandel verändert die Arbeits- und Berufswelt rasant. Digitale Technologien und insbesondere künstliche Intelligenz beeinflussen zunehmend berufliche Tätigkeiten sowie Lehr- und Lernprozesse in der Berufsbildung. Lehrbetriebe, Bildungsinstitutionen und Lernende stehen damit vor neuen Anforderungen, aber auch vor vielfältigen Chancen.

An der 5. Fachtagung Berufsbildung werden neben Keynotes sowohl Praxisbeispiele aus Lehrbetrieben und Bildungsinstitutionen als auch Chancen und

Herausforderungen der digitalen Transformation beleuchtet sowie Gespräche mit Direktinvolvierten geführt. Im Zentrum stehen wiederum der Erfahrungsaustausch und die Vernetzung der verschiedenen Akteure aus der Berufsbildung. Ebenfalls werden Lernende selbst zu Wort kommen. Der Anlass wird wie in den Vorjahren vom Bündner Gewerbeverband organisiert und von Melanie Salis moderiert. Die fünfte Fachtagung Berufsbildung findet am Mittwoch, 6. Mai 2026, von 13.30 bis 17.15 Uhr im GKB-Auditorium in Chur statt.

Zur Anmeldung



Präsidentenwechsel Sektionen

Zweites Halbjahr 2025:

- **Corinne Müller-Demont** bei Treuhand Suisse Sektion Graubünden für Marco Schädler.



Überprüfung BGV-Strukturen

Im Rahmen der Strategie 2025–2028 lautet eines der fünf Handlungsfelder «Strukturen und Netzwerk stärken». Für die Überprüfung der Verbandsstrukturen wurde eine Arbeitsgruppe mit Vertretern des Leitenden Ausschusses, des Kantonalvorstands, der Sektionen sowie der Ehrenmitglieder eingesetzt. Diese hat am 16. Dezember ihre erste Sitzung abgehalten.



Besuch bei PAXMATIC AG

Am 14. Oktober führte die TopKMU-Expedition des KMU Zentrums Graubünden und des Bündner Gewerbeverbands zur PAXMATIC AG in Haldenstein. Das Unternehmen entwickelt ganzheitliche Lösungen für Zuführ-, Dosier- und Verpackungsprozesse und präsentierte, wie Innovation und Nachhaltigkeit Hand in Hand gehen.

Messe mit Berufsbildung

Am 17. Oktober öffnete die «landquartier mäss» ihre Tore. Die Messe bot während drei Tagen neben regionalen Ausstellern und einem Treffpunkt-Ambiente erstmals auch eine Berufsbildungs-Sonderschau an, an welcher BGV-Direktor Maurus Blumental die Berufsbildungsstrategie 2035 vorstellen konnte.



Frauentagung in Valbella

Am 31. Oktober fand im Valbella Resort die KMU-Frauentagung im Zeichen von «Frauen in der Führung – ein Erfolgsrezept» statt. Die Referentinnen Prof. Ruth Nieffer, Livia Altmann und Gudrun Sander sowie die Unternehmerinnen Annagret Bolis und Sandra Adank begeisterten mit inspirierenden Einblicken und ermutigenden Perspektiven.





Ausschuss und Kantonalvorstand in Klosters



Im Vorfeld der Gewerblichen Winterkonferenz des Schweizerischen Gewerbeverbands hat der Leitende Ausschuss an seiner ersten Sitzung im neuen Jahr die Jahresschwerpunkte 2026 festgelegt. Im Fokus steht dabei die Umsetzung von verschiedenen Massnahmen aus der Strategie 2025–2028, wie Stärkung der Zusammenarbeit mit den Sektionen, Überprüfung der Strukturen, Aktionsplan Raumplanung, die kantonalen Wahlen 2026 sowie verschiedene Massnahmen im Bereich der Berufsbildung.

Im Anschluss hat sich der Kantonalvorstand im «Silvretta Parkhotel» neben der Parolenfassung mit der Verkehrsinfrastruktur und Mobilität in Graubünden befasst. Peder Plaz, Leiter des Wirtschaftsforums Graubünden, hat den neusten Bericht «Distanzierte Arbeitsplätze» vorgestellt. Dieser zeigt die Bedeutung der Achse Maienfeld-Thusis für Strassen- und Schienenverkehr auf. Entsprechend muss die Beseitigung des Engpasses Isla Bella wieder im Ausbauprogramm des Bundes Verkehr 45 aufgenommen werden. Der BGV wird sich dafür einsetzen.

Eine grosse BGV-Delegation, angeführt von Präsident Viktor Scharegg, Vizepräsident Jan Koch und Direktor Maurus Blumenthal, besuchte zum Abschluss die feierliche Eröffnung der Gewerblichen Winterkonferenz in der Artena 1 in Klosters.

BGV-Agenda

3. Februar: Fachtagung Bauen

10. März: KMU-Impuls-Anlass: Energieverbund und Batteriespeicher als Chance für Unternehmen

31. März: KMU-Impuls-Anlass regio: «Als Unternehmer/in in der Region engagiert» Ilanz

9. bis 11. April: Berufsschau Fiutscher Südbünden in Samedan

14. April: KMU-Impuls-Anlass regio: «Als Unternehmer/in in der Region engagiert» St. Moritz

22. April: KMU-Impuls-Anlass regio: «Als Unternehmer/in in der Region engagiert» Davos

6. Mai: Fachtagung Berufsbildung

18. Mai: DWGR-Podiumsdiskussion Regierungsratswahlen

1. Juni: KMU-Impuls-Anlass: «Innovationsprozess in KMU: Von der Idee zum Markteintritt»

10. Juni: Delegiertenversammlung in Laax

30. Oktober: KMU-Frauentagung

11. bis 15. November: Bündner Berufsausstellung Fiutscher in der Eventhalle Areon in Chur

Lösungen für Zukunft

Anlässlich der Veranstaltung des Forums Regiun Engiadina Bassa Val Müstair referierte BGV-Direktor Maurus Blumenthal am 5. November in Zernez zum Thema «So stärken wir gemeinsam die Bündner Wirtschaft: Lösungsansätze für die aktuellen Herausforderungen». Sein Fazit, getreu unserem Motto: «Gemeinsam schaffen wir Zukunft.»



Berufsbildung im TV

In der Sendung «Südostschweiz diskutiert» auf TV Südostschweiz diskutierte am 7. November Moderator Stefan Nägeli mit Gabriela Menghini (Grossrätin und Mitglied der Berufsbildungskommission), Nationalrat Martin Candinas und BGV-Direktor Maurus Blumenthal über Fiutscher und die Berufsbildung in Graubünden.

BGV zu Gast in Basel

Der BGV war am 20. November mit einer Delegation am Tag der Wirtschaft in Basel vertreten. Angeführt von Präsident Viktor Scharegg und Direktor Maurus Blumenthal nutzten sie den bedeutenden Wirtschafts- und Networking-Anlass für den Austausch und präsentierten das Bündner Gewerbe auf der nationalen Bühne.



Seminar: Raumplanung für Unternehmer/-innen

Die Raumplanung bestimmt, wo gebaut, erweitert oder umgenutzt werden darf. Für Unternehmer/-innen ist es entscheidend, die Spielregeln zu kennen – von der kommunalen Zonenplanrevision bis zur kantonalen Richtplanung. Nachdem das erste KMU-Impuls-Seminar zur Raumplanung gut besucht war, findet das Seminar «Raumplanung für Unternehmer/-innen – Mitwirken statt abwarten» am 30. September, in Sargans wieder statt. Der Raumplaner und Vorstandsmitglied der Bündner Vereinigung für Raumentwicklung Michael Ruffner wird das Seminar erneut leiten. Er wird praxisnah aufzeigen, welche gesetzlichen Anfor-

derungen gelten und wie Planungsprozesse ablaufen. Die Teilnehmer/-innen erfahren, welche Instrumente Kanton, Regionen und Gemeinden einsetzen und welche Mitwirkungsmöglichkeiten Unternehmer/-innen haben. Anhand konkreter Beispiele werden Chancen und Stolpersteine verdeutlicht. Ziel ist es, Verständnis für alle Stakeholder zu schaffen und die aktive Mitwirkung von Unternehmer/-innen zu fördern.

Zur Anmeldung



BGV begrüsst Ehrenmitglieder

Am dritten Fiutscher-Messtag besuchten die BGV-Ehrenpräsidenten Jan Mettler und Urs Schädler sowie die Ehrenmitglieder Oscar Prevost, Rico Stiffler und Andi Zindel die Berufsausstellung. Zusammen mit Präsident Viktor Scharegg, Direktor Maurus Blumenthal und Ausschuss-Mitglied Heidi Jörmann machten sie am 14. November einen Rundgang durch die Stadthalle.



Nachfolge mit Strategie

Am 28. Januar fand in Chur der KMU-Impuls-Anlass «Unternehmensnachfolge und Unternehmensstrategie» statt. Die Referate von Roger Lüdi, Diego Truniger und Hanspeter Thür kamen genauso gut an wie die von Marco Schädler geführten Praxisgespräche mit Simona und Valentin Luzi sowie Marco und Jörg Zimmermann.



News Green Tech Projekt

In den Räumlichkeiten von FLIMS ELECTRIC AG in Flims wurde am 28. November die vierte Sitzung des Sounding Boards des Projekts «Green Tech Kompetenznetzwerk Graubünden» durchgeführt. Dabei wurde das Konzept für die künftige Bündner Plattform für grüne Technologien vorgestellt und besprochen.



Regionales Engagement

Am 26. November fand der KMU-Impuls-Anlass Regional zum Thema «Als Unternehmer/in in der Region engagiert» statt. An der Fachhochschule Graubünden in Chur sprachen Luzi Thomann, Sylvia Koch sowie Sandra Adank über das Spannungsfeld zwischen Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftlicher Verantwortung.



Ausschusssitzung in Werkstatt

Am 3. Dezember hat der Leitende Ausschuss seine letzte Sitzung abgehalten. In einer ungewohnten Sitzungslokalität in Sils i. D. wurde unter anderem das Programm für die Präsidentenkonferenz 2026 sowie das Konzept zur Unterstützung und stärkeren Zusammenarbeit mit den Sektionen besprochen und verabschiedet.



Wir beraten Unternehmer.

CHUR & ST. MORITZ

TREUHAND | SUISSE

T 081 257 02 57

bmuag.ch



LAVOITA
u o i o

MEN'S FASHION SALE
IN RAPPERSWIL
& CHUR

50 - 70 %



Seminare März bis April



Mehr Frauenpower im KMU: Erfolgsrezepte für Unternehmer/-innen
10. März 2026

Gemeinsam erfolgreich – Als Partner einen Familienbetrieb führen
25. März 2026

Politik für Unternehmer/-innen: Mitgestalten und Chancen nutzen
9. April 2026

Erfolgreich in den Familienbetrieb einsteigen
15. April 2026

Finanzielle Führung KMU – Finanzen für Nichtfinanzleute
16./17. April 2026

20% Rabatt für BGV-Mitglieder
Information und Anmeldung:
www.kmu-impuls.ch



Ein Angebot von

HWSGR

Höherer
Wirtschaftsverband
Graubünden



Bündner Gewerbeverband
Unione grigione arti e mestieri
Unión grischuna da mastergn

Neue Stromregeln als Chance für Unternehmen



Remi Crameri

Seit Anfang 2026 gelten mit dem revidierten Schweizer Stromgesetz neue Regeln für die Energieproduktion, den Eigenverbrauch und den Stromhandel. Gleichzeitig ist im Kanton Graubünden das neue Klima- und Innovationsgesetz in Kraft getreten, das zusätzliche Fördermöglichkeiten eröffnet. Für Unternehmen mit eigenen Liegenschaften ergibt sich damit ein günstiger Zeitpunkt, um in die Produktion, Speicherung und intelligente Steuerung von Energie zu investieren.

rw. Im Rahmen des revidierten Stromgesetzes sind neben den bekannten Zusammenschlüssen zum Eigenverbrauch neu auch lokale Elektrizitätsgemeinschaften möglich, welche den lokalen Austausch von Strom über das öffentliche Netz erleichtern. Hinzu kommen eine marktbasierende Einspeisevergütung mit Minimalgarantie sowie die Möglichkeit, die Einspeisung von Photovoltaikanlagen in vielen Fällen auf 70 Prozent zu begrenzen, um den Netzausbau zu entlasten. Energieversorger müssen für Kundinnen und Kunden mit Smartmetern dynamische Tarife anbieten. «Auf kantonaler Ebene stehen Unternehmen Fördergelder für Winterstromproduktion, Energieeffizienz sowie Ladeinfrastruktur zur Verfügung», erklärt Remi Crameri, Vizedirektor

der ibW Höhere Fachschule in Chur. Das revidierte Stromgesetz bringe für Unternehmen mehrere relevante Änderungen. Dazu würden insbesondere die harmonisierte Rückvergütung für Solarstrom sowie die Einführung dynamischer Stromtarife zählen. «Diese fördern die Eigenproduktion, erfordern aber auch ein aktiveres Energiemanagement, vor allem bei energieintensiven Betrieben.» Neu sei auch die Förderung lokaler Elektrizitätsgemeinschaften für den lokalen Stromhandel.

Eine lokale Elektrizitätsgemeinschaft ist ein Zusammenschluss von Produzenten und Verbrauchern innerhalb eines Quartiers oder einer Gemeinde. Lokal erzeugter Strom kann so über das öffentliche Netz geteilt werden. «Im Unterschied zum bisherigen Zusammenschluss zum Eigenverbrauch müssen sich die Teilnehmenden nicht hinter demselben Zähler befinden, was die Einsatzmöglichkeiten erweitert.»

Freier Markt oder Grundversorgung

Unternehmen mit einem Jahresverbrauch von über 100 Megawattstunden können ihren Stromlieferanten weiterhin frei wählen. Unterschiede ergeben sich vor allem bei der Preisbildung. Die Teilnahme an einer lokalen Elektrizitätsgemeinschaft ist sowohl für Marktverbraucher als auch für Kundinnen und Kunden in der Grundversorgung mög-

lich. Der Reststrom wird weiterhin über Marktverträge oder regulierte Tarife bezogen.

Energieverbünde sind besonders interessant für Unternehmen, deren Energieproduktion und -verbrauch zeitlich zusammenpassen. Dazu zählen Betriebe mit grossen Photovoltaikflächen in Kombination mit hohem Tagesverbrauch. Solarstrom kann so wirtschaftlich genutzt werden, da er während Büro- und Produktionszeiten meist günstiger ist als Netzstrom. «Auch für Immobilienunternehmen mit gemischter Nutzung bieten sich Vorteile, oft ergänzt durch Batteriespeicher und Energiemanagementsysteme», so Crameri.

Batteriespeicher und KMU-Lösungen

Batteriespeicher gewinnen zunehmend an Bedeutung. Sie helfen, Lastspitzen zu reduzieren, den Eigenverbrauch zu erhöhen und die Versorgungssicherheit zu verbessern. In Kombination mit intelligenten Steuerungssystemen lassen sich flexible Verbraucher wie Ladeinfrastruktur gezielt einbinden. Für kleinere und mittlere Betriebe ist vor allem die abgestimmte Kombination aus Photovoltaik, Energieverbund, Speicher und flexiblen Lasten entscheidend, um die Energieversorgung langfristig wirtschaftlich zu gestalten.



Anlass: «Energieverbund und Batteriespeicher als Chance für Unternehmen»



Die Rahmenbedingungen für die Produktion und Speicherung von Strom verändern sich laufend. So ist es heute auch für KMU interessant, nicht nur Solarstrom zu produzieren, sondern auf Energiemanagementlösung mit integrierter Speicherung zu setzen. Batterien werden laufend

günstiger, die Einspeisevergütung wird per 2026 neu geregelt, und ab diesem Jahr gibt es mit den lokalen Energiegemeinschaften (LEG) neue Möglichkeiten für Gewerbe- und Industriebetriebe, Strom zu produzieren und zu verkaufen. Der KMU-Impuls-Anlass «Energieverbund und Batteriespeicher als Chance für Unternehmen» am Dienstag, 10. März, zeigt auf, wie Unternehmen Strom produzieren, steuern und speichern können. Im Fokus stehen Praxisbeispiele und Lösungen zur Eigenproduktion erneuerbarer Energie, moderne Speichertechnologien sowie intelligente Steuerungs- und Vermarktungsmodelle. Fachpersonen geben Einblick in erfolgreiche Beispiele aus dem

KMU-Umfeld. Der **Anlass findet am 10. März um 17.30 Uhr in der Aula der ibW in Chur** statt. Die Referate und Praxisbeispiele richtet sich an Unternehmerinnen und Unternehmer, Geschäftsleitungs- und Führungsverantwortliche in KMU sowie Fachpersonen mit Bezug zu Energiethemen. Die Teilnahme ist kostenlos, die Veranstaltung kann auch per Livestream verfolgt werden. Im Anschluss lädt ein Netzwerkapéro zum persönlichen Austausch ein. Der Anlass wird von Remi Crameri moderiert.

Zur Anmeldung



Grenzgänger aus Italien

Das neue Grenzgängerabkommen mit Italien ist seit 2024 in Kraft. Für neue Grenzgänger bedeutet es eine höhere Steuerbelastung, was die Rekrutierung für Betriebe teilweise erschwert. Wir haben wichtige Informationen im Zusammenhang mit dem Grenzgängerabkommen für unsere Mitglieder zusammengetragen.

Bl. Rund 11 000 Grenzgänger, überwiegend aus Italien, arbeiten in Graubünden, insbesondere in Südbünden. Seit 2010 hat sich ihre Zahl mehr als verdoppelt. Die Mitgliederumfrage des BGV 2025 hat gezeigt: Grenzgänger spielen für einen Drittel der Bündner Betriebe eine wichtigere Rolle als noch vor zehn Jahren. Ein Drittel der Umfrageteilnehmenden ist auf Grenzgänger angewiesen, um den Personalbedarf zu decken. Allerdings erschweren steuerliche Hürden die Rekrutierung – rund die Hälfte der Betriebe hat grössere Schwierigkeiten, Grenzgänger zu rekrutieren als vor Inkrafttreten des Grenzgängerabkommens. Die Integration der Grenzgänger im Betrieb funktioniert laut einer grossen Mehrheit der Betriebe gut (73 Prozent).

Bedeutung der Grenzgänger für die Wirtschaft Graubündens

Für die Wirtschaft in Südbünden sind Grenzgänger von zentraler Bedeutung. In einzelnen Regionen wie dem Oberengadin wird jede dritte Arbeitsstelle durch Arbeitskräfte aus dem benachbarten Italien besetzt, im Tourismus oder im Bauwesen teils sogar jede zweite. Ohne Grenzgänger könnten zahlreiche Betriebe ihren Betrieb nicht aufrechterhalten, Baustellen kämen zum Stillstand und touristische Infrastrukturen wären nicht funktionsfähig. Insgesamt arbeiten in Graubünden knapp 11 000 Grenzgänger, über 90 Prozent davon stammen aus Italien, vor allem aus der Provinz Sondrio. Die Zahl der Grenzgänger ist in den letzten Jahren stark angestiegen. So hat sie sich seit 2010 mehr als verdoppelt. Der Grund sind die negative demografische Entwicklung und die positive wirtschaftliche Entwicklung. Das höhere Lohnniveau und der starke Franken machen die Grenzregionen auch weiterhin zu einem attraktiven Arbeitsort.

Mit dem neuen Grenzgängerabkommen zwischen der Schweiz und Italien, das seit Januar 2024 angewendet wird, hat sich die Situation verändert. Für sogenannte neue Grenzgänger, die ihr Arbeitsverhältnis nach dem 17. Juli 2023 aufgenommen haben, gilt ein neues Steuerregime. Sie werden weiterhin in der Schweiz quellenbesteuert, zusätzlich jedoch auch regulär in Italien. Zwar wird die Schweizer Steuer in Italien angerechnet, dennoch kann die Gesamtsteuerbelastung je nach individueller Situation bis zu 25 oder sogar 30 Prozent des Nettolohns betragen. Die sogenannten alten Grenzgänger, die bereits vor dem Stichtag in der Schweiz tätig waren, unterliegen bis Ende 2033 weiterhin dem alten System mit ausschliesslicher Besteuerung in der Schweiz. In Italien sind diese nicht steuerpflichtig, da rund 40 Prozent der Quellensteuer aus der Schweiz nach Italien überwiesen werden. Politisch sind die Handlungsspielräume auf kantonaler Ebene begrenzt, da es sich um ein nationales Abkommen handelt, welches in Kraft ist. Es gilt aber politisch sicherzustellen, dass der Status für bisherige Grenzgänger bis 2033 erhalten bleibt und ab 2033 nicht eine weitere Verschlechterung eintritt.

Auswirkungen des Abkommens sorgt für Unsicherheit bei Rekrutierung

Für Betriebe bedeutet das neue Grenzgängerabkommen mehr Unsicherheit bei der Rekrutierung. Die Fragen der Arbeitnehmer

Weitere Informationen

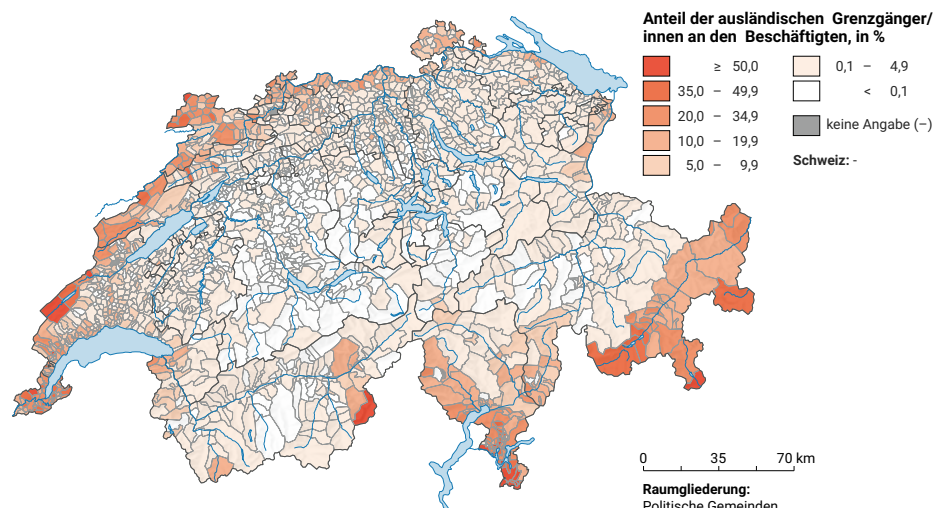
Dossier Grenzgänger mit Merkblatt und weiterführende Links auf Webseite:



zu Besteuerung und Aufenthalt nehmen zu. In der Tendenz zeigt sich, dass es auch schwieriger geworden ist, Grenzgänger zu rekrutieren aufgrund der neuen Besteuerung in Italien. Seit Inkrafttreten des Abkommens hat die Anzahl Grenzgänger in Graubünden auch stagniert. Hinzu kommt ein erhöhter administrativer Aufwand für Unternehmen, da steuerliche Einstufungen der Quellensteuer komplexer geworden sind. Auch wenn der Nettolohn von neuen Grenzgängern spürbar gesunken ist, liegt dieser bei vielen Funktionen in der Schweiz noch immer höher. Vielfach beträgt er weiterhin das Doppelte des Nettolohns für die gleiche Funktion in Italien.

Rolle der Arbeitgeber

Als Arbeitgeber kann ich ausländische Arbeitskräfte und Grenzgänger beratend unterstützen und informieren. Um attraktiv zu bleiben, investieren zahlreiche Betriebe bereits heute in höhere Löhne, flexible Arbeitszeitmodelle, Weiterbildungsmöglichkeiten sowie in Transportlösungen oder Wohnangebote für Grenzgänger. Da der



Ausländische Grenzgänger/innen, 4. Quartal 2022.

	Status	Steuern Schweiz	Steuern Italien
Alte echte Grenzgänger (Arbeitsverhältnis vor 17. Juli 2023)	Bewilligung G oder L, tägliche Heimkehr und 20-km-Zone	Quellensteuer (Tarife A, B, C und H)	Keine Steuer (Italien erhält 40% der Quellensteuer aus der Schweiz).
Neue echte Grenzgänger (Arbeitsverhältnis nach 17. Juli 2023)	Bewilligung G oder L, tägliche Heimkehr und 20-km-Zone	80% der Quellensteuer (Tarife R, S, T und U)	Ordentliche Besteuerung unter Anrechnung der Quellensteuer in der Schweiz, zudem Freibetrag von 10 000 Euro (Informationsaustausch).
Unechte alte und neue Grenzgänger	Bewilligung G oder L, ausserhalb 20-km-Zone, tägliche Heimkehr	Quellensteuer (Tarife A, B, C und H)	Ordentliche Besteuerung und Freibetrag von 10 000 Euro oder Besteuerung anhand Konventionallohn. Beides unter Anrechnung der Quellensteuer (Informationsaustausch).
Wochenaufenthalter und Kurzaufenthalter	Bewilligung L, ausserhalb 20-km-Zone, ohne tägliche Heimkehr	Quellensteuer (Tarife A, B, C und H)	Ordentliche Besteuerung oder Besteuerung anhand Konventionallohn. Beides unter Anrechnung der Quellensteuer (Informationsaustausch).
Niedergelassene	Bewilligung B (Aufenthalt) und C (Niederlassung)	Quellensteuer (Tarife A, B, C und H), C-Bewilligung ordentliche Veranlagung	Keine Einkommenssteuer, sofern Wohnsitznahme in der Schweiz nicht von Italien beanstandet wird.

Lohnunterschied für die gleiche Funktion zwischen der Schweiz und Italien nach wie vor sehr gross ist und die Arbeitsplatzsicherheit in der Schweiz deutlich höher liegt, bleibt eine Anstellung für italienische Arbeitnehmer trotz des neuen Grenzgängerabkommens attraktiv. In Italien erfolgt beispielsweise ein Grossteil der Anstellungen befristet.

Steuerliche Optimierungsmöglichkeiten gibt es heutzutage praktisch keine mehr. Der Wohnsitzwechsel in die Schweiz (Aufenthaltsbewilligung B oder C) führt theoretisch dazu, dass die betroffenen Personen ausschliesslich in der Schweiz steuerpflichtig sind. Ein Aufenthalt oder eine Niederlassung in der Schweiz müssen jedoch von der italienischen Steuerbehörde anerkannt werden, beziehungsweise dürfen nicht beanstandet werden. Verbleibt der Wohnsitz der Familie in Italien, wird der Wohnsitz des Arbeitnehmers in der Schweiz in der Regel nicht anerkannt. Ein Scheinwohnsitz in der Schweiz kann in Italien rechtlich als Steuervergehen geahndet werden und hohe Bussen nach sich ziehen. Ein Wohnsitzwechsel ist daher sorgfältig zu prüfen. Es sind auch die Krankenversicherungspflicht sowie Lebenshaltungs- und Wohnkosten zu berücksichtigen.

Ebenfalls bringt der Wochenaufenthalt keine steuerlichen Vorteile mit sich, sondern für alle Arten von Grenzgänger Nachteile. Wochenaufenthalter bleiben in Italien steuerpflichtig, es gibt keine Abzüge für den Wochenaufenthalt in Italien. Bei alten echten Grenzgängern (innerhalb der 20-km-Zone) führt der Wochenaufenthalt zum Verlust des Grenzgängerstatus und somit zu einer

Verschlechterung der Besteuerung in Italien. Wochenaufenthalter verlieren zudem den Steuerfreibetrag von 10 000 Euro in Italien. Dieser ist an die tägliche Heimkehr gekoppelt.

Unechte alte und neue Grenzgänger mit täglicher Heimkehr (ausserhalb der 20-km-Zone) sowie Kurzaufenthalter und Wochenaufenthalter können beantragen, nach einem indexierten pauschalen Lohn (Konventionallohn) in Italien besteuert zu werden. Insbesondere für Arbeitnehmer mit höheren Einkommen, wie Kaderpersonen oder ausgewiesene Fachkräfte, kann sich diese Art der Besteuerung lohnen.

Einfluss der Aufenthaltsbewilligung

Grundsätzlich hat die Aufenthaltsbewilligung keinen Einfluss auf die Besteuerung. Grenzgänger werden je nach Dauer ihres Grenzgängerstatus und ihrem Wohnort unterschiedlich besteuert. Für die Besteuerung sogenannter «echter Grenzgänger» sind insbesondere die 20-km-Zone, die tägliche Rückkehr an den Wohnort sowie der Zeitpunkt der Anstellung – zwischen dem 31. Dezember 2018 und dem 17. Juli 2023 – massgeblich für die Unterscheidung zwischen alten und neuen Grenzgängern.

Pflichten bei Grenzgängern und ausländischen Arbeitnehmenden

Arbeitgeber müssen bei ihren Pflichten beachten, dass die Anmeldung für Aufenthaltsbewilligungen der Kategorien G, L, B und C weiterhin über das Gesuchsformular A1 erfolgt und diesem eine Arbeitsbestätigung oder ein Arbeitsvertrag beizulegen ist. Das vollständige Gesuch ist über die zu-

ständige Einwohnerkontrolle am Arbeitgeberort im Kanton Graubünden einzureichen. Bei Grenzgängern sind Arbeitgeber zudem verpflichtet, einen Stellenantritt, Wiedereintritt oder Stellenwechsel innert acht Tagen nach Aufnahme der Erwerbstätigkeit mit dem Formular 107a der kantonalen Steuerverwaltung zu melden. Dabei müssen zwingend der Geburtsort sowie die italienische Steuernummer (codice fiscale) angegeben werden, welche auf der italienischen Krankenversicherungskarte ersichtlich sind. Zusätzlich haben Arbeitgeber die Meldepflicht gegenüber der kantonalen Steuerverwaltung zu erfüllen, indem sie jeweils zu Jahresbeginn auf Aufforderung hin die Lohnausweise der namentlich aufgeführten Grenzgänger einreichen, damit die erforderlichen Informationen gemäss Abkommen an die italienischen Steuerbehörden weitergeleitet werden können.



Ausweiskontrolle am Zollübergang.

Bild Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit





Wir sind für Sie da – Werden Sie HEV-Mitglied!



HEV Graubünden

www.hev-gr.ch, info@hev-gr.ch

Hauseigentümerverband Kanton Graubünden

Unsere Dienstleistungen für Mitglieder:

- Kostenlose Erstberatung in rechtlichen Fragen
- Kostenlose Erstberatung in baulichen Fragen
- Mietverträge, Formulare und Checklisten
- Immobilienbewertung aus unserem Netzwerk
- Wohnungsabnahmen aus unserem Netzwerk
- Spannende Informationen in Druck und online
- Politische Interessenvertretung

Deine IT. Unser Ding.

IT-Probleme nerven. Manchmal legt ein kleines Stück Technik alles lahm – als wäre es einzig dafür geschaffen, uns Menschen zu ärgern.

Dabei steckt in der Technik so viel Gutes! Sie erleichtert unseren Alltag – wenn sie funktioniert. Und genau dort kommen wir ins Spiel.

Denn wir wissen: Nicht jeder hat Zeit oder Lust, sich um die IT zu kümmern.

Muss man auch nicht. Dafür sind wir da.



We empower modern workplaces.



foellmi.ch

RRT TREUHAND
REVISION
IMMOBILIEN

**Mit Engagement
und Erfahrung.**



Ihr Partner für Treuhand, Immobilien & Wirtschaftsprüfung.

RRT AG Treuhand & Revision

Poststrasse 22, 7001 Chur | Tel. +41 81 258 46 46 | rrt.ch

Berufliche Vorsorge mit der Asga Pensionskasse Genossenschaft

Vom Gewerbe für das Gewerbe geschaffen, bietet die Asga als unabhängige Genossenschaft KMU sowie Selbständigerwerbenden sichere Vorsorgelösungen, tiefe Kosten und eine überdurchschnittliche Verzinsung – ganz zum Vorteil der Versicherten.

Willkommen bei der Asga – der Genossenschaft, die dafür sorgt, dass Ihre berufliche Vorsorge in guten Händen ist. Mit über 180 000 Versicherten zählt die Asga zu den führenden unabhängigen Vorsorgeeinrichtungen der Schweiz. Gegründet 1962 zur Altersvorsorge der Gewerbe- und Detailistenverbände St. Gallen-Appenzell, engagieren wir uns seither für kleine und mittlere Unternehmen aus Gewerbe, Handel, Industrie und Dienstleistung. Als KMU kennen wir die Bedeutung reibungsloser Abläufe, exzellenten Services und eines ausgewogenen Preis-Leistungs-Verhältnisses im Geschäftsalltag. Genau dieses Verständnis setzen wir ein, um Vorsorgelösungen für Verbandsmitglieder und Selbständigerwerbende anzubieten.

Vorsorgelösungen für Verbandsmitglieder und Selbständigerwerbende
Selbständigerwerbende ohne Personal möchten ihre Altersvorsorge oft wie Angestellte über eine Pensionskasse regeln. Hierfür bieten der Bündner Gewerbeverband und die Asga gemeinsam Unterstützung, um Unternehmerinnen und Unternehmen unkompliziert eine sichere berufliche Vorsorge zu ermöglichen. Als Mitglied des Bündner Gewerbeverbands können Sie nun auch ohne Personal in der 2. Säule fürs Alter vorsorgen und sind bei Risiken wie Tod und Invalidität abgesichert.

Aus der engen Zusammenarbeit zwischen dem Bündner Gewerbeverband, der Asga und den Kunden des Gewerbes entstanden

drei bewährte Vorsorgelösungen: Mit **AsgaSolid** lassen sich die gesetzlichen Leistungen abdecken, **Asga Plus** bietet eine weitergehende Absicherung, und **Asga Premium** richtet sich an Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihre Altersvorsorge maximal optimieren möchten.

Bei der Asga erhalten KMU und Selbständige ohne Personal eine sichere berufliche Vorsorge, bei der die Mitglieder im Mittelpunkt stehen und jeder Franken den Versicherten zugutekommt – ganz im Sinne der Genossenschaft.

Patrick Barblan, Geschäftsführer Asga



Patrick Barblan.

bleibt im System. In den ersten elf Monaten des Jahres 2025 konnte die Asga eine ausgesprochen erfreuliche Performance erzielen. Auf Basis dieser positiven Entwicklung und unseres Beteiligungsmodells hat der Verwaltungsrat Ende November 2025 beschlossen, die Altersguthaben der aktiv Versicherten erneut überdurchschnittlich zu verzinsen.

Vorteile einer unabhängigen Genossenschaft

Als Mitglied der Asga profitieren Sie nach unserem zentralen Grundsatz: Sämtliche Erträge kommen ausschliesslich den Versicherten zugute. Tiefe Verwaltungskosten, eine schlanke Administration, intuitive digitale Portale sowie persönliche Beratung schaffen spürbare Entlastung. Da die Interessen der Versicherten im Mittelpunkt stehen, setzen wir uns konsequent dafür ein, dass Ihr Altersguthaben langfristig wächst und nachhaltig gesichert ist.

Überdurchschnittliche Verzinsung der Altersguthaben

Unsere Mitglieder haben Anteil am Erfolg der Genossenschaft, etwa durch die regelmässige Mehrverzinsung. Jeder Franken

Mit einem Zinssatz von 5,5 Prozent deutlich über dem BVG-Mindestzins von 1,25 Prozent erhalten unsere Genossenschaftsmitglieder eine äusserst attraktive Verzinsung. Damit fliessen über eine Milliarde Schweizer Franken direkt in die Altersguthaben unserer Versicherten. Die finanzielle Sicherheit unserer Mitglieder hat für uns oberste Priorität. Selbst nach diesem erhöhten Verzinsungsentscheid weist die Asga Pensionskasse per Ende November 2025 einen Deckungsgrad von mindestens 115 Prozent aus, was die solide und nachhaltige Finanzierungsbasis der Genossenschaft eindrücklich unterstreicht. Ein starkes Fundament, von dem alle Mitglieder direkt profitieren.

Möchten auch Sie Mitglied bei der Asga werden und von den zahlreichen Vorteilen der Asga Pensionskasse Genossenschaft profitieren? Erfahren Sie mehr über die Verbandslösungen der Asga unter www.asga.ch/verband.



 **asga**
pensionskasse



KI-Transformation lässt sich mit Tsunami-Welle vergleichen



Lena Dändliker

Künstliche Intelligenz verändert Arbeitsprozesse, Kompetenzanforderungen und Lernformen in rasantem Tempo. Warum die Schweizer Berufsbildung im internationalen Vergleich dennoch gut aufgestellt ist, welche Rolle die höhere Berufsbildung dabei spielt und wo trotz aller Stärken Handlungsbedarf besteht, erklärt im Interview Lena Dändliker, Direktorin des Swiss Education Lab an der ETH Zürich.

rw. Lena Dändliker, Sie beschäftigen sich mit der digitalen Transformation in der Berufsbildung. Was ist alles darunter zu verstehen?

Die digitale Transformation umfasst einen tiefgreifenden Wandel. Neue Technologien verändern ganze Arbeitsprozesse, Kompetenzanforderungen und Lernformen. Die Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt verändern sich rasant. Ein Tool, das gestern noch aktuell war, kann morgen bereits veraltet sein. Tätigkeiten, die früher für uns alle zur Routine gehörten, werden heute teilweise oder vollständig von künstlicher Intelligenz (KI) übernommen. Um mit dem Tempo Schritt zu halten, muss die Berufsbildung flexibel auf neue Anforderungen reagieren – sowohl in der Schule als auch im Unternehmen.

Lena Dändliker

Lena Dändliker ist Direktorin des Swiss Education Lab an der Professur für Bildungssysteme der ETH Zürich, ein Forschungslabor für die digitale Transformation und deren Auswirkungen auf das Bildungssystem in der Schweiz. In ihrer Rolle verbindet die 31-Jährige Bildungspolitik, Praxis und Technologieentwicklung mit besonderem Fokus auf Berufsbildung, Digitalisierung und neue Kompetenzen. Sie arbeitet an der Schnittstelle von Bildungsinstitutionen, Wirtschaft und öffentlicher Hand und verfügt über umfassende Erfahrung in der Begleitung systemischer Veränderungen im Schweizer Bildungssystem im Zuge der digitalen Transformation.

Wo stehen wir diesbezüglich in der Schweiz heute?

Bildungssysteme weltweit stehen im Zuge der digitalen Transformation unter Reformdruck. Dieser Druck ist spürbar. Zwei wichtige Faktoren wirken aber als Schutzmechanismen. Das duale Bildungssystem verbindet Schule und Betrieb eng, sodass Lernende praxisnahe Kompetenzen erwerben und stets mit arbeitsmarktrelevanten Technologien und Tools lernen. Gleichzeitig erlaubt die hohe Durchlässigkeit des Bildungssystems lebenslanges Auf- und Umsteigen. Die höhere Berufsbildung spielt dabei eine zentrale Rolle – ein Gefäss, das in vielen Ländern nicht existiert. Und auch die Berufsmatur für den Zugang zu Fachhochschulen ist ein wichtiges Element der Durchlässigkeit.

Was zeigt die Forschung dazu?

Die Forschung zeigt, dass die Berufsbildung im Kontext der digitalen Transformation in der Schweiz vergleichsweise gut aufgestellt ist. Unternehmen suchen vermehrt Personen mit tertiärer Ausbildung, insbesondere aus der höheren Berufsbildung. Auch die berufliche Grundbildung steht gut da, wie der Bildungsbericht Schweiz 2023 zeigt: Lernende an Berufsmaturitätsschulen bewerten ihre digitalen Fähigkeiten oft höher als andere Sekundarstufe-II-Absolvent/innen, was zeigt, dass sie gut auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereitet sind.

Können Sie ein konkretes Beispiel geben, wie die digitale Transformation die Berufsbildung in den letzten Jahren bereits verändert hat?

Die Berufsbildung in der Schweiz ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und den Organisationen der Arbeitswelt. Die OdA sind für die Berufsentwicklung verantwortlich. Sie passen Handlungskompetenzprofile regelmässig an Entwicklungen der digitalen Transformation an, schaffen neue Berufe und heben alte auf. Zwischen 2022 und 2024 wurden 15 neue Berufe geschaffen und 14 Berufe aufgehoben. Neue Abschlüsse im Jahr 2026, wie der AI Business Specialist, zeigen, wie KI zunehmend Teil der Berufsbildung wird. Zudem wurden 129 Berufe revidiert, beispielsweise Mau-

rer/in EFZ und Polydesigner/in 3D EFZ. Die Veränderungen in der Berufsbildung durch die digitale Transformation wirken damit fortlaufend und dynamisch über den gesamten Berufsentwicklungsprozess.

KI ist nicht neu, aber plötzlich für alle Arbeitnehmer und auch für die Betriebe verfügbar. Wie verändert dieser Umstand die Arbeitswelt?

Die digitale Transformation lässt sich mit einer Tsunami-Welle vergleichen. Sie erfasst alle, die nicht darauf surfen wollen oder können. Mit dem Aufstieg generativer KI durch ChatGPT im Herbst 2022 ist diese Welle noch schneller und mächtiger geworden. KI eröffnet neue Möglichkeiten für die Gestaltung von Inhalten, individuelles Lernen und effizientere Arbeitsprozesse. Dabei geht es nicht nur um Routineaufgaben, sondern auch kognitiv anspruchsvolle Tätigkeiten können zunehmend unterstützt oder übernommen werden.

Welche Branchen sind von KI am stärksten betroffen, welche weniger stark?

Besonders stark betroffen sind IT-Berufe, wie Anwendungsprogrammierer/innen und Datenbank- oder Softwareentwickler/innen, weil hier viele Tätigkeiten von KI ergänzt oder ersetzt werden können. Aber auch Berufe wie Arbeits- und Personalvermittler/innen, Journalist/innen oder Marketingfachpersonen sind vergleichsweise stark betroffen. Kaum betroffen sind manuelle Tätigkeiten wie Reinigung oder Hauswartung, wie eine Studie der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich zeigt. Auch Pflegeberufe sind bisher kaum von KI betroffen.

Was können kleine und mittlere Betriebe konkret tun, um ihre Mitarbeitenden auf eine KI-geprägte Arbeitswelt vorzubereiten?

KI sollte nicht um ihrer selbst willen eingesetzt werden, sondern dort, wo sie einen klaren Mehrwert bringt – etwa durch Effizienzgewinne oder eine bessere Qualität. Der Nutzen ist zu Beginn aber oft schwer einzuschätzen, daher ist Trial-and-Error wichtig.

Für KMU bedeutet das, offen auf die Veränderungen zu reagieren. Mitarbeitende sollten aktiv durch die «Tsunami-Welle» begleitet werden, ihre Ängste ernst genommen und Perspektiven aufgezeigt werden. Die Schweiz verfügt über ein umfassendes höheres Berufsbildungs- und ein flexibles Weiterbildungsangebot, das Unternehmen nutzen können, um Mitarbeitende auf den Umgang mit KI vorzubereiten. Solche formalen höhere Berufsbildungsgänge oder auch Weiterbildungskurse können dabei helfen, das Automatisierungsrisiko abzufedern, indem sie grundlegende KI-Kompetenzen vermitteln, wie zum Beispiel den Umgang mit KI-Tools, das kritische Prüfen von Ergebnissen oder den reflektierten Umgang mit ethischen und datenschutzrechtlichen Fragen. Eine einfach umsetzbare Massnahme ist zudem Reverse Mentoring. Jüngere Mitarbeitende, die oft KI-affiner sind als ältere, geben ihr Wissen weiter, was dazu beitragen kann, Sicherheit im Umgang mit KI aufzubauen.

Welche Chancen eröffnet KI für Lehrbetriebe und Lernende und wo liegen die Herausforderungen?

Viele Lernende bringen heute Erfahrung mit generativer KI in die Lehre mit. Bereits in der obligatorischen Schule nutzen über die Hälfte der Schüler/innen regelmässig KI-Tools wie ChatGPT oder Übersetzungstools, wie die Studie Monitoring der Digitalisie-

rung der Bildung der SKBF von 2024 zeigt. Für viele Jugendliche und junge Erwachsene ist KI ein selbstverständliches Hilfsmittel geworden – heute wird nicht mehr nur «gegoogelt», sondern es werden zunehmend direkt KI-Sprachmodelle verwendet. Das eröffnet Chancen. Für Lehrbetriebe sind Lernende eine kostengünstige Möglichkeit, KI im Betrieb einzubinden. Für Lernende bietet sich die Chance, Aufgaben qualitativ besser und effizienter auszuführen. Zudem können sie aktiv an KI-Prozessen mitwirken und damit früh Verantwortung übernehmen. Es bestehen aber auch Herausforderungen. Häufig fehlt das Wissen bei Lernenden, wie KI reflektiert eingesetzt werden kann. Dies birgt die Gefahr, dass sie sich zu stark auf KI verlassen und Inhalte nicht kritisch prüfen.

Wo stehen Berufsfachschulen und Lehrbetriebe aktuell im Umgang mit KI, und welche Hürden bremsen die sinnvolle Integration?

Wir stehen insgesamt eher noch am Anfang. KI ist in der Arbeitswelt noch nicht flächendeckend angekommen. Entsprechend ist der breite Einsatz von KI in Lehrbetrieben und Berufsfachschulen noch nicht selbstverständlich. Viele Lehrpersonen nutzen KI derzeit vor allem für Planung und Organisation, während die Integration in den Unterricht häufig noch ausbleibt. Die grössten Hürden sind Unsicher-

heit über das Potenzial von KI, fehlende Kompetenzen, rechtliche und ethische Fragen sowie Zeitmangel in Betrieben und bei Lehrpersonen. Viele Unternehmen wissen noch nicht, wo KI wirklich relevant ist, und zögern deshalb mit Schulungen. Deshalb ist es wichtig, die Auseinandersetzung mit KI als einen kontinuierlichen Lernprozess zu betrachten.

Wo sehen sie weitere technologische Entwicklungen, welche die Arbeitswelt verändern werden in den kommenden Jahrzehnten?

Viele KI-Expert/innen sagen, dass KI kurzfristig überschätzt und langfristig unterschätzt wird. Aktuell verändert sie vor allem, wie wir arbeiten, nicht ob wir arbeiten. Künftig könnten sich Tätigkeiten noch weiter weg vom reinen Ausführen hin zu Überwachen und Entscheiden entwickeln. Natürlich wird auch über sehr weitreichende Szenarien diskutiert, etwa über Artificial General Intelligence oder Artificial Super Intelligence. Sollte es jemals so weit kommen, würde das unsere Vorstellung von Arbeit grundsätzlich verändern. Aber gerade dann bleibt Bildung zentral, um Technologie zu verstehen, kritisch zu hinterfragen und vor allem, um sie verantwortungsvoll zu nutzen.

Das gesamte Interview zum Nachlesen



Seminare für Berufsbildner

Der BGV bietet im Rahmen von KMU-Impuls zusammen mit der HWSGR neu Seminare für Berufsbildner sowie weitere Personen an, welche Lernende begleiten:

- **Lernende fordern, fördern und Zukunftskompetenzen entwickeln (3. Juni):** Die Rolle von Berufsbildner/-innen hat sich von der reinen Wissensvermittlung hin zur Lernbegleitung entwickelt. In diesem Kurs erfahren Sie, wie Sie ein wertschätzendes Lernklima schaffen, die Persönlichkeitsentwicklung Ihrer Lernenden fördern und deren Stärken gezielt unterstützen können.
- **Motivation im Ausbildungsalltag – Faktoren für nachhaltigen Lernerfolg (18. August):** Sie lernen, welche Faktoren die Motivation von Ler-

nenden beeinflussen und wie Sie diese gezielt fördern können. Durch praxisnahe Übungen, Erfahrungsaustausch und Fallbeispiele reflektieren Sie Ihre Rolle und erhalten konkrete Werkzeuge für den Ausbildungsalltag.

- **Umgang mit Generationen – wie ticken Jugendliche? (3. September):** Berufsbildende und Lernende stammen oft aus unterschiedlichen Generationen, was zu Missverständnissen führen kann. In diesem Kurs setzen Sie sich mit typischen Merkmalen verschiedener Generationen auseinander und reflektieren die Bedürfnisse heutiger Jugendlicher.

Information und Angebote



TAB-Einführungskurse

Mit dem Angebot «TOP-Ausbildungsbetrieb» werden Lehrbetriebe darin unterstützt, eine qualitativ hochstehende Ausbildungstätigkeit in der Grundbildung anzubieten. Mit einem dreistufigen TAB-Label können sich Lehrbetriebe, die sich bei der Ausbildung von jungen Menschen engagieren, als attraktive Ausbildungsbetriebe positionieren. 2026 bietet der BGV zusammen mit Top Ausbildungsbetriebe und Gastro Graubünden für interessierte Lehrbetriebe **drei Einstiegskurse** an. Diese finden **am 10. März, 4. Juni und 22. September in Chur** statt.

Information und Angebote



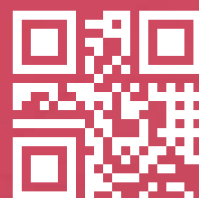
TOP
Ausbildungsbetrieb





drucki.ch

**Wir
lieben
Papier.**



**Zeigen Sie, was in Ihnen steckt –
als **Lehrbetrieb mit Auszeichnung.****

- Lernende besser fördern
- Ausbildungsqualität sichtbar machen
- Motivation & Berufsstolz stärken

TOPE
Ausbildungsbetrieb



Werden Sie Teil des einzigen **schweizweiten
Förder- und Auszeichnungssystems** für Berufsbildner/-innen.
Empfohlen von der EHB – **ausgezeichnet mit dem ENTERPRIZE.**

Jetzt mehr erfahren:

info@topausbildungsbetrieb.ch / www.topausbildungsbetrieb.ch



Bündner Gewerbeverband
Unione grigione arti e mestieri
Unìun grischuna da mastergn

KMU-Lehrgang für Geschäftsleute

**August 2026 bis Juni 2027
Dienstagnachmittags in Chur
20% für BGV-Mitglieder**

Informationen
und Anmeldung



**Hoher Praxisbezug Transfer
in den Arbeitsalltag
Erfahrungsaustausch**



Gelebtes Handwerk für geliebte Kulinarik

Im April 2025 hat die Mérat AG die Gastronomie-Services und die Mitarbeitenden der Albert Spiess AG übernommen. Seither ist viel passiert. Gleich geblieben ist das Ziel der Mérat AG, ein verlässlicher und verantwortungsbewusster Partner für Fleisch und Seafood für die Gastronomie in der Schweiz zu sein.

Die Übernahme ist geglückt – und das hat viel mit dem handwerklichen Verständnis der Profis zu tun, die die Region und die Bedürfnisse ihrer Kundinnen und Kunden seit Jahren kennen. Alle 15 Mitarbeitenden der Albert Spiess AG, die für den Gastronomie-Service und die beiden Depots in Landquart und Davos zuständig waren, sind heute Teil der Mérat AG. Eine gute Entwicklung, denn die Albert Spiess AG, die man in Graubünden seit 1906 kennt, wollte sich auf ihr Kerngeschäft fokussieren und die Mérat AG ihr Netzwerk als Gastrospezialistin ausweiten. Seit über 80 Jahren beliefert Mérat Gastronominnen, Spitzenköche und Grossküchen in der ganzen Schweiz. Frisch, kollegial und kompetent. «Wir finden immer eine Lösung, weil uns die Liebe zum Handwerk, die Freude am Genuss, das Fachwissen, die persönliche Beziehung und die Leidenschaft an der Kulinarik mit der Gastronomie verbindet», sagt Reto Maurer, der die Mérat AG engagiert und weitsichtig leitet.

Natürlich freut auch er sich, dass die Integration der Gastro-Depots der Albert Spiess AG in die Mérat AG reibungslos funktioniert hat. «Mit der Übernahme stärken wir unser Angebot in der Ostschweiz und im Bündnerland», ergänzt er. Das hält Lieferwege kurz, Frische und Flexibilität hoch. Auch für die Albert Spiess AG ist die getroffene Lösung ideal, weil die Mérat AG

fachliche, kulturelle und berufliche Entwicklungsmöglichkeiten auf die Waagschale legen konnte. Auf dem Fleischmarkt Schweiz gilt der Name Mérat als Vorbild. Die Firma überzeugt nicht nur hinsichtlich Herkunft, Qualität und Verantwortungsbewusstsein, sondern auch als nachhaltigsoziale Arbeitgeberin. Die zentralen Schlacht- und Produktionsstandorte und die insgesamt acht Gastro-Metzgereien zeugen von der transparent gelebten Nachhaltigkeitsstrategie. Bei der Mérat AG lebt das Metzgerhandwerk und somit auch der Berufsstolz und das Berufsethos, bei dem das Tierwohl im Mittelpunkt steht. Dazu gesellen sich Fachwissen, das Streben nach Qualität und eben: die Nähe und das Verständnis zur und für die Gastronomie.

Roger Lüthi, der die Regionalmetzgerei in Davos leitet, rückt die Kundinnen und Kunden ins Zentrum: «Für sie hat sich nichts verändert. Wir sind vor Ort, erreichbar, schnell und verlässlich. Nur das Sortiment ist seit der Übernahme breiter geworden.» Klar sei der Wechsel mit administrativen, kulturellen und sortimentsbezogenen Anforderungen verbunden gewesen, aber die Unsicherheit habe sich schnell gelegt. «Wir wurden bestens aufgenommen», bestätigt er und das führe dazu, dass er sich noch fokussierter auf seine Kundinnen und Kunden, die er teilweise seit «ewigen Zeiten» kenne, einlassen könne. Einer von ihnen ist Hans Zellweger. Er führt mit seiner Familie das Restaurant Teufi in Davos. In dritter Generation. «Auf die persönlichen Beziehungen mit den langjährigen Topangestellten kann ich mich verlassen», sagt Zellweger überzeugt und fügt an: «Alle geben sich Riesenmühe. Wenn ich dringend etwas benötige, kann ich am Abend anrufen und es steht am nächsten Morgen für mich bereit.» Neu seien für ihn vor allem die



Aktionen und die Inspirationen. «Aber im Webshop sind alle Produkte übersichtlich hinterlegt und beschrieben. Die Vielfalt an Fleischspezialitäten, Comestibles, Fisch und Meeresfrüchten ist beachtlich», fügt Hans Zellweger an. Aber auch schweizweit tätige Grosskunden, wie etwa die Sunstar Hotels, schwören auf die Mérat AG. Immer wieder werden in der langjährigen Zusammenarbeit Pluspunkte wie Logistik, Bestellprozesse, aber auch die vertrauensvolle, ehrliche und offene Professionalität und das lösungsorientierte Denken herausgestrichen. Das alles macht die Mérat AG zu einem verlässlichen Partner, der für Qualität, Leidenschaft und Vielfalt steht – in der ganzen Schweiz – und in Davos.

mérat

V I A N D E S & C O M E S T I B L E S

Mérat AG

Mattastrasse 46
7270 Davos
058 571 53 00
davos@merat.ch



Prättigauer Arbeitgeber mit Haltung und Perspektive



Jürg Löttscher

Fachkräftemangel, veränderte Erwartungen und neue Rekrutierungswege stellen das Handwerk vor grosse Herausforderungen. Die Löttscher & Co. AG in Schiers zeigt, wie ein Familienbetrieb mit klarer Kultur, gezielter Nachwuchsförderung und mutigen Schritten in der Personalgewinnung seine Arbeitgeberattraktivität nachhaltig stärkt.

rw. Die Löttscher & Co. AG in Schiers ist ein gewachsener Familienbetrieb, der Tradition und zeitgemässe Unternehmensführung verbindet. In den vergangenen Jahren hat sich das Unternehmen in den Bereichen Schreinerei, Zimmerei und Fensterbau kontinuierlich weiterentwickelt. «Unser Betrieb hat sich sehr positiv und dynamisch entwickelt», sagt Geschäftsführer Jürg Löttscher. Einen wichtigen Anteil daran hat die klare Aufgabenteilung innerhalb der Familie. Seit dem Einstieg der Cousins Mario und Lino Löttscher werden die drei Abteilungen eigenständig geführt, Prozesse professionalisiert und neue Impulse gesetzt. «Diese klare Verantwortungsstruktur hat unsere Effizienz gesteigert und die Innovationskraft deutlich erhöht.»

Trotz dieser stabilen Entwicklung spürt auch Löttscher & Co. AG den zunehmenden Fachkräftemangel. «Diese Herausforderung begleitet uns seit mehreren Jahren», sagt Löttscher. Besonders die Zeit während und nach der Corona-Pandemie habe vieles verändert. «Viele Fachkräfte wurden von Grossbetrieben mit attraktiven Konditionen in branchenfremde Tätigkeiten abgeworben. Viele sind danach nicht mehr ins Handwerk zurückgekehrt.»



In den Räumlichkeiten der Löttscher & Co. AG wird exakt und mit Freude gearbeitet.

Löttscher ist klar, dass Unternehmen heute mehr bieten müssen als einen sicheren Arbeitsplatz. «Als Arbeitgeber muss man attraktiv sein, sonst wird es schwierig.» Bei Löttscher & Co. AG beginnt diese Attraktivität bei der Unternehmenskultur. Flache Hierarchien, kurze Entscheidungswege und eine offene Kommunikation prägen den Alltag. «Unsere Mitarbeitenden können jederzeit direkt auf die Geschäftsleitung oder die Abteilungsleiter zugehen. Das schafft Vertrauen und Nähe.»

Gleichzeitig wird viel in die Arbeitsbedingungen investiert. Moderne Maschinen, ein zeitgemässer Fahrzeugpark und hochwertige Arbeitskleidung gehören ebenso dazu wie flexible Anstellungspensen oder die Möglichkeit, zusätzliche Ferientage zu kaufen. «Uns ist die Work-Life-Balance wichtig», betont Löttscher. Auch ausserhalb der Arbeit zeigt sich die gelebte Vertrauenskultur, etwa durch die Nutzung von Werkstatt oder Fahrzeugen nach Absprache. «Das sind keine Selbstverständlichkeiten, aber sie stärken die Bindung zum Betrieb.»

Neue Wege in der Rekrutierung

Als klassische Stelleninserate kaum noch Wirkung zeigten, entschied sich das Unternehmen bewusst für neue Rekrutierungswege. «Wir mussten feststellen, dass Printmedien und Online-Inserate nicht mehr die gewünschten Resultate bringen», sagt Löttscher. Gemeinsam mit einem spezialisierten Partner setzte der Betrieb früh auf Social Media Recruiting über Instagram. «Damals war das in unserer Region noch kaum verbreitet. Dieser mutige Schritt hat sich ausgezahlt.» Durch gezielte Kampagnen, einfache Online-Bewerbungsprozesse und authentische Einblicke in den Arbeitsalltag konnten auch Personen erreicht werden, die nicht aktiv auf Stellensuche waren. «Wir haben dadurch eine völlig neue Zielgruppe angesprochen und unsere Arbeitgebermarke modern positioniert», so Löttscher.

Neben der externen Rekrutierung setzt Löttscher & Co. AG stark auf interne Entwicklung. «Wir schauen zuerst im eigenen Team nach Potenzial», erklärt Löttscher. Mitarbeitende mit Engagement und Eigeninitiative werden gezielt gefördert, sei es durch interne Schulungen oder externe Weiterbildungen.

gen. Ein wichtiger Baustein ist auch die Ausbildung eigener Lernender. «Die duale Ausbildung ist für mich ein Schlüsselfaktor im Kampf gegen den Fachkräftemangel.»

Lernende werden eng begleitet und wenn immer möglich nach der Lehre übernommen. «Sie kennen unseren Betrieb, unsere Werte und Abläufe. Das ist ein grosser Vorteil für beide Seiten.» Durch Schnuppertage, Praktika und die enge Zusammenarbeit mit Schulen gelingt es zudem, junge Menschen früh für Holzberufe zu begeistern. «Im Prättigau hat das Handwerk nach wie vor einen hohen Stellenwert.»

Teilnahme am KMU-Check-up Futura

Mit der Teilnahme am KMU-Check-up Futura des BGV hat das Unternehmen seine Strukturen zusätzlich reflektiert. «Der Prozess hat uns geholfen, über den Tellerrand hinauszuschauen», sagt Löttscher. Gemeinsam mit den Mitarbeitenden wurden Handlungsfelder definiert, insbesondere in der Kommunikation, der Personalentwicklung und den Arbeitsprozessen.

Die Löttscher & Co. AG zeigt, dass Arbeitgeberattraktivität kein kurzfristiges Projekt ist, sondern eine Haltung. «Unser Ziel ist es, ein Umfeld zu schaffen, in dem sich die Menschen wohlfühlen und entwickeln können», fasst Löttscher zusammen. «Denn nur mit motivierten Mitarbeitenden bleibt ein Handwerksbetrieb langfristig erfolgreich.» Ihm ist klar, dass sich der Wettbewerb um Fachkräfte weiter verschärfen wird. «Wir dürfen nicht stehen bleiben, sondern müssen uns als Arbeitgeber laufend hinterfragen und weiterentwickeln», sagt er. Entscheidend sei dabei, glaubwürdig zu bleiben und die Werte nicht nur nach aussen zu kommunizieren, sondern im Alltag konsequent zu leben.

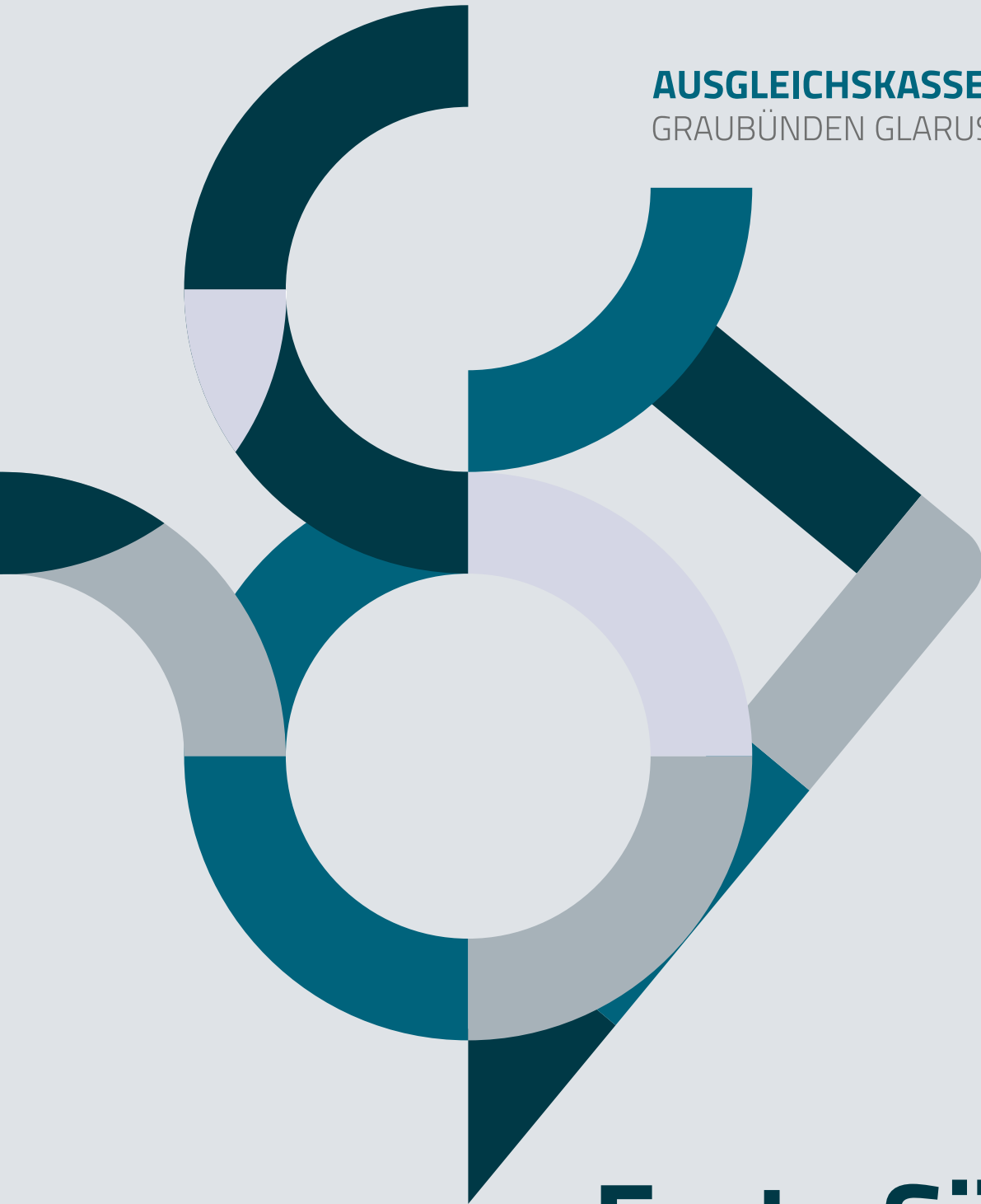
Löttscher & Co. AG

Gründung: 1884

Mitarbeiter: 45

Lernende: 8

Berufe: Schreiner, Zimmermann und Fensterbauer



AUSGLEICHKASSE WIRTSCHAFT
GRAUBÜNDEN GLARUS

Erste Säule. Erste Wahl.

Persönlich. Kompetent. Effizient.



**Damit KMU nicht nur
weiterkommen, sondern weit
kommen.**

**Für die beste
Zukunft aller Zeiten.**

gkb.ch/kmu



**Graubündner
Kantonalbank**